

epd medien

Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH,
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main.

Geschäftsführer: Jörg Bollmann

Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 49081

USt-ID-Nr. DE 114 235 916

Verlagsleiter: Bert Wegener.

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Dr. Thomas Schiller.

epd medien: Diemut Roether (verantw.), Michael Ridder, Henning Engelage.

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich epd medien (Druckausgabe als PDF). Plus fünf Mal wöchentlich epd medien aktuell (elektronisch als PDF-Datei).

Bezugspreis Online-Abonnement monatl.: 61,80 €.

Verlag/Bestellservice (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-191,

Fax: 069/58098-226, E-Mail: kundenservice@epd.de

Redaktion epd medien (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-135,

Fax: 069/58098-261, E-Mail: medien@epd.de

© GEP, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten. Die mit dem Abo-Vertrag erworbene Nutzungsgenehmigung für epd medien online gilt nur für einen PC-Arbeitsplatz. epd medien darf nur mit Zustimmung des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder elektronisch kopiert und weiterverbreitet werden.

Anfragen richten Sie bitte an die epd-Verkaufsleitung (Adresse siehe oben unter GEP),

Tel: 069/58098-259, Fax: 069/58098-300, E-Mail: verkauf@epd.de

Haftungsausschluss:

Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.

[hier geht's weiter >>>](#)

epd medien

Frankfurt am Main ■ www.epd.de

26. April 2013 **17**

INHALT **Sendereinmaleins**

Die Debatte über die Digitalkanäle von ARD und ZDF / *Von Diemut Roether* 3

Selbstbewusste Gremlins

Die Rundfunkräte müssen transparenter werden / *Von Fritz Wolf* 5

Professionalisiert die Rundfunkräte!

Die (Ohn-)Macht der ehrenamtlichen Gremien / *Von Jutta Brückner* 8

Inland

Gericht: Meldedatenabgleich für Rundfunkbeitrag ist zulässig 12

Presseplätze für NSU-Prozess werden durch Los vergeben 12

DuMont Redaktionsgemeinschaft liefert weiter Texte an die FR 13

Transfergesellschaft für Mitarbeiter der Westfälischen Rundschau 14

Studie: Rundfunkräte wichtig für Glaubwürdigkeit von ARD und ZDF 14

Tageszeitungen verlieren vier Prozent an Auflage 15

Vergütungsregeln für freie Zeitungsfotografen vereinbart 16

Bremer Tageszeitungen wollen ein Drittel des Personals abbauen 17

Weitere Inlandsmeldungen ab Seite 17

Internationales

Europäisches Gericht bestätigt Verbot politischer Werbung 25

Slowakei: Besitzerwechsel bei Presseunternehmen Ecopress 25

Polen: Burda übernimmt Geschäft von Gruner + Jahr 26

Freihandelsabkommen alarmiert Rundfunkräte und Produzenten 26

Kritik

„Familie Sonntag auf Abwegen“ von Ulli Baumann und Kirsten Peters (ZDF) 28

„Mörderische Jagd“ von Markus Imboden und Holger Karsten Schmidt (ZDF) 29

„Im Schleudergang“ von Paul Harather und Peter Bradatsch (BR) 30

„Thadeusz und die Beobachter“ mit Jörg Thadeusz (RBB) 31

„Der Zschäpe-Prozess“ von Beres/Klees/Senyurt/Weller (ARD/MDR/SWR/BR) 32

„die story: Der lange Arm des Imam“ von Yüksel Ugurlu und Cornelia Uebel (WDR) 33

„Tod für die Welt - Waffen aus Deutschland“ von Sommer/Kilimann (ARD/RBB) 34

„Traumrollen“ von Jean-Claude Kuner (Deutschlandfunk/HR) 35

Raus aus der Nische. Behinderung als trendige TV-Unterhaltung

epd Ist es okay, im Fernsehen über das Thema Behinderung zu lachen? Kann man damit eine Freitagabend-Sendung füllen? Und zwar so, dass sowohl Kritiker als auch Zuschauer – behinderte wie nicht behinderte – begeistert sind? Ja, das geht und zwar ganz hervorragend, wie der britische Fernsehsender Channel 4 seit den Paralympics 2012 beweist. Ganz ohne „Aktion Mensch“-Pathos oder erhobenen Zeigefinger schafft es ein hauptsächlich kommerziell finanzierter Sender, das Thema Behinderung ganz neu zu platzieren.

„The Last Leg“ heißt die Sendung, in der eine halbe Stunde lang das Wochengeschehen von drei Moderatoren kommentiert wird. Außerdem werden Zuschauerfragen beantwortet, die alle mit „Ist es okay...?“ anfangen. Der Titel „The Last Leg“ spielt nicht zuletzt auf die Beinprothese des Hauptmoderators Adam Hills an. Der australische Moderator und Comedian schafft es zusammen mit seinen beiden Sidekicks, Comedian Josh Widdicombe und Sportjournalist Alex Brooker, das Thema Behinderung primetimefähig zu präsentieren.

Nicht nur Adam Hills hat eine Behinderung, auch Alex Brooker hat eine Beinprothese und „ein paar Armprobleme“, wie er selbst sagt. Während der Paralympischen Spiele erreichte „The Last Leg“ ein Millionenpublikum, so dass sich der Sender entschloss, die Sendung auch nach den Spielen weiterzuführen. Zuerst folgte im Dezember ein Jahresrückblick. Anfang des Jahres folgte dann die zweite Staffel, die im März zu Ende gegangen ist. Im Sommer soll es eine dritte Staffel geben.

„Ist es okay, jemandem, der die Arme nicht bewegen kann, die Hand zu geben?“, will ein Zuschauer beispielsweise während der Paralympics wissen. „Na ja, es wäre schlimmer, ihm über den Kopf zu streicheln“, antwortet Alex Brooker. Und Adam Hills weist darauf hin, dass zu viel körperliche Nähe nicht immer gut ist. „Küssen Sie keinen Stumpf, wenn Sie die Person nicht kennen“, mahnt er – und hat damit die Lacher auf seiner Seite.

„The Last Leg“ ist keine Telekollegensendung über Rollstühle und Prothesen. Es ist eine Talkshow, in der man ganz nebenbei lernt, dass Behinderung nicht grund-

sätzlich ein Drama, sondern oftmals ein guter Grund zum Lachen ist. Selbst wer am Freitagabend nicht vor dem Fernseher sitzt, kommt in Großbritannien zumindest beim Kurznachrichtendienst Twitter an der Sendung kaum vorbei. Unter dem Hashtag #isitok schicken Zuschauer Fragen, die sie sich bislang nicht zu fragen trauten. Regelmäßig ist #isitok eines der meistgenutzten Twitter-Stichworte in Großbritannien, es ist dann also „trending“, wie es im Twitterjargon heißt.

Dahinter steckt durchaus ein Konzept. Der Sender Channel 4 versucht dem Thema, seit man sich die Übertragungsrechte für die Paralympics gesichert hatte, einen coolen Anstrich zu geben: Die behinderten Sportler werden zu „Superhumans“, und Reporter prangern Barrieren im Alltag behinderter Menschen in der Senderkampagne „NoGoBritain“ an. „Wir haben uns gefragt, ob es okay ist, das Thema Behinderung anders anzugehen – um von der Idee wegzukommen, dass Behindertenthemen eine Nische sind“, sagt Jay Hunt, die Kreativchefin des Senders. Channel 4 sei weiter gegangen als jeder andere Sender zuvor, indem man behinderte Moderatoren ins Kernprogramm des Senders genommen habe. Dabei sei das alles keine Alibiaktion. Es seien großartige Moderatoren, die eben zufällig behindert sind.

Mehr als 700.000 Euro hatte der Sender im Vorfeld der Paralympics investiert, um zehn Reporter und Moderatoren mit Behinderungen zu casten und zu schulen. In den kommenden zwei Jahren sollen weitere 300.000 Euro bereitgestellt werden. Channel 4 hat sich gerade die Rechte an den Paralympics 2016 in Rio gesichert.

Ob es denn eine „Last Leg“-Sendung auch in Brasilien geben werde, wurde ein Vertreter des brasilianischen paralympischen Komitees vor kurzem gefragt. „Das würde in Brasilien nicht funktionieren“, sagte er. Wenn er sich da mal nicht irrt. Ungestellte Fragen und den Bedarf, mit dem Thema Behinderung lockerer umzugehen, gibt es sicher auch dort. Allerdings braucht es dafür mutige Fernsehkreative und Moderatoren, die über sich und ihre Behinderung lachen können.



Christiane Link

IMPRESSUM

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der Evang.
Publizistik (GEP) gGmbH in
Frankfurt am Main. HRB 49081
USt-ID-Nr.DE 114235 916
Geschäftsführer: Jörg Bollmann
Verlagsleiter: Bert Wegener

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion:
Dr. Thomas Schiller
epd medien und epd medien aktuell:
Diemut Roether (Verantw. Redakteurin),
Michael Ridder, Henning Engelage
E-Mail: medien@epd.de
kundenservice@epd.de

Erscheinungsweise: einmal
wöchentlich. (Druckausgabe)
Monatsabonnement: Druckausgabe
plus fünf Mal wöchentlich epd
medien aktuell (elektronisch):
70 Euro inkl. MwSt, im Ausland exkl.
MwSt zuzüglich Versand.

Nachdruck nur mit Vertrag.
Druck: druckhaus köthen
Emil-von-Behring-Straße 3
Briefe: Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt am Main
Telefon (069) 5 80 98-209
Telefax (069) 5 80 98-261

Sendereinmaleins

Die Debatte über die Digitalkanäle von ARD und ZDF / Von Diemut Roether

epd Schon der Name ist unpassend. Die Digitalkanäle heißen ja nicht etwa Digitalkanäle, weil sie die einzigen Programme wären, die digital zu empfangen sind. Spätestens jetzt, da längst alle Programme digital zu empfangen sind und der analoge Empfang eher die Ausnahme ist, wäre Spartenkanäle das passendere Wort. Doch das Wort Digitalkanäle hat sich eingebürgert – und deswegen redet auch die Medienpolitik von den Digitalkonzepten der öffentlich-rechtlichen Sender.

Die Medienpolitik nämlich hat ARD und ZDF aufgefordert, bis Ende April neue Konzepte für ihre Digitalkanäle vorzulegen. Und die Medienpolitik hat auch schon seit Monaten deutlich gemacht, was sie sich wünscht: Einen Jugendkanal zum Beispiel, der ARD und ZDF wieder zu mehr Akzeptanz bei der Jugend verhelfen soll – das schrieb der damals noch amtierende Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Kurt Beck (SPD), im Februar 2012 in epd medien (epd 8/12). Und kaum ein Medienpolitiker – egal welcher Couleur – hat es in den vergangenen Monaten versäumt zu betonen, dass ARD und ZDF seiner Meinung nach sowieso viel zu viele Kanäle betreiben.

Wenig profiliert

Dabei waren es dieselben Medienpolitiker, nämlich die Ministerpräsidenten, die ARD und ZDF in dem am 1. Juni 2009 in Kraft getretenen 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag damit beauftragten, diese Digitalkanäle zu veranstalten. In dem Vertrag wurde festgeschrieben, dass die ARD drei Kanäle, EinsPlus, EinsFestival und EinsExtra, veranstalten soll (EinsExtra wurde am 30. April 2012 umbenannt in Tagesschau24). Die Digitalkanäle des ZDF hießen im damaligen Konzept noch ZDF-Infokanal (heute ZDFinfo), ZDF-Kulturkanal (heute ZDFkultur) und ZDF-Familienkanal (ZDFneo). Notwendig wurden die Digitalkonzepte, weil die Europäische Kommission im sogenannten Beihilfeverfahren 2007 gefordert hatte, dass der Auftrag der schon seit Ende der 90er Jahre bestehenden Digitalkanäle präziser formuliert werden müsse.

Eingeführt wurden die Digitalkanäle bereits in den Jahren 1997 bis 2000 mit dem Hintergedanken, dem Publikum die Digitalisierung des Fernsehens schmackhaft zu machen. Doch ARD und ZDF hatten diese Kanäle in den ersten Jahren eher als zusätzliche Abspelstätte für schon vorhandene Programme betrachtet. Einzig der 1999 gegründete ZDF-Theaterkanal stach mit einem eigenen Profil hervor.

So war es kein Wunder, dass die Landesmedienanstalten in ihrem Digitalisierungsbericht 2008 feststellten, dass noch immer mehr als die Hälfte der Deutschen analoges Fernsehen nutzte. Die Autoren der Studie machten die „unbefriedigende Programmentwicklung“ dafür verantwortlich, dass es „nicht genügend Anreiz zum Umstieg“ gebe. Die Profilierung der Digitalkanäle von ARD und ZDF sollte solche Anreize schaffen.

Aus sechs mach drei

Vier Jahre später scheint die Deutschen dank der Einführung des hochauflösenden Fernsehens eine regelrechte Digitalisierungseuphorie befallen zu haben. Fast vier Fünftel der Haushalte nutzten 2012 digitale Fernsehgeräte – und nun, da der Umstieg auf Digitaltechnik fast vollzogen ist, meint die Politik, auf den Anreiz durch zusätzliche Programme verzichten zu können.

Hinzu kommt, dass man sich als Medienpolitiker in der derzeitigen Debattenlandschaft sehr beliebt machen kann, wenn man den „Nimmersatten“, wie die Kritiker von ARD und ZDF die öffentlich-rechtlichen Sender gern nennen, etwas wegnehmen will. Und seien es nur ein paar Digitalkanäle, die zusammen nicht mehr als 95 Millionen Euro kosten – deren Budget insgesamt also gerade mal 1,25 Prozent der Rundfunkentnahmen ausmacht.

In dieser Gemengelage hat die ARD nun die Flucht nach vorn angetreten: Großzügig hat sie angeboten, ihre Digitalkanäle mit denen des ZDF zusammenzulegen. Aus sechs mach drei – das ist das Sendereinmaleins. Den öffentlich-rechtlichen Partnersender ZDF informierten die Intendanten von diesem Angebot, das man nicht ablehnen kann, kurz bevor sie ihre Pläne der Öffentlichkeit mitteilten. Denkbar gute Startbedingungen für eine gelingende Kooperation also.

Es zeugt schon von einer gewissen Chuzpe, dass ausgerechnet die ARD, die in der Vergangenheit nicht einmal in der Lage war, ihre Digitalkanäle EinsFestival und EinsPlus zusammenzulegen, weil die federführenden Sender WDR und SWR sich nicht einigen konnten (epd 11/11), nun dem ZDF anbietet, mit ihm gemeinsame Sache zu machen.

Kein Wunder also, dass das ZDF zunächst einmal zurückhaltend auf die großzügige Vereinahmung durch die ARD reagierte. Es sei zwar nachvollziehbar, „dass sich die ARD am Erfolg der ZDF-Digitalkanäle ZDFneo

und ZDFinfo beteiligen möchte, die beide mit 0,9 Prozent und 0,6 Prozent Marktanteil weit mehr Zuschauer erreichen als die Digitalableger der ARD", teilte der Sender kühl mit. Das Zweite sehe aber in dem Vorschlag „keine Sparpotenziale“, sondern befürchte im Gegenteil „kompliziertere Strukturen“. Das ist nicht von der Hand zu weisen, wenn man sich einen gemeinsamen Spartenkanal wie Phoenix anschaut, von dem gelegentlich zu hören war, dass seine zwei von der ARD und vom ZDF bestellten Geschäftsführer entweder gar nicht miteinander redeten oder grundsätzlich Gegensätzliches wollten. Billig sind die Digitalkanäle bisher vor allem deshalb, weil es keine Senderchefs und keine aufwendigen Strukturen gibt und vieles von den Redaktionen der Hauptsender mitbetreut wird.

Kein Konzept

Das Zweite hatte seinerseits schon vor Wochen angekündigt, dass es seinen Spartensender ZDFkultur zur Disposition stellt. „Spargründe“ macht ZDF-Intendant Thomas Bellut für die Entscheidung verantwortlich, ausgerechnet den jüngsten und innovativsten Kanal aufzugeben. Und ganz nebenbei hat natürlich die Drohung, ZDFkultur einzustellen, ein gewisses Erpressungspotenzial für Ministerpräsidenten, die ja im föderalen System auch für die Kultur zuständig sind. Doch dass die Ministerpräsidenten keine Angst mehr davor haben, der Kulturlosigkeit geziehen zu werden, haben die Herren Beck und Kretschmann im vergangenen Jahr bewiesen, als sie ohne ein Wort der Kritik die Fusion der zwei Orchester des SWR durchgehen ließen.

Mit ihrem Vorschlag, mit dem sich die ARD-Intendanten bei den Medienpolitikern lieb Kind gemacht haben, haben sie geschickt verschleiert, dass sie gar kein Konzept für ihre Digitalkanäle haben. In Wirklichkeit wussten die ARD-Granden nie, was sie mit diesen Spartenkanälen anfangen sollen. Das zeigte sich schon in den 2008 vorgelegten Konzepten, in denen sie ihre Pläne sehr viel weniger konkret formulierten als das ZDF, dessen damaliger Intendant Markus Schächter die Digitalkanäle als Möglichkeit pries, sich aus der „babylonischen Gefangenschaft des Einkanalenders“ zu befreien.

Und das zeigt sich in den Programmen, in denen halbherzig mal Jan Böhmermann bei EinsPlus talkt und mal Sabine Heinrich bei EinsFestival. Die ARD-Anstalten hatten in den vergangenen Jahren offenbar genug damit zu tun, ihre Dritten Programme zu fast identischen Klonen umzubauen, in denen nun Sendungen wie „Die beliebtesten Schauspieler der Hessen“ (wahlweise: Nordrhein-Westfalen oder des Nordens) rauf und runter genudelt werden.

Das ZDF hingegen baute den am 1. November 2009 gestarteten Sender ZDFneo in den vergangenen Jahren zielgerichtet zu einem ZDFzwei aus – auch mit Hilfe von interessanten und jugendlichen Formaten wie „Bambule“ mit Sarah Kuttner und „Neo Paradise“ mit Joko Winterscheidt und Klaas Heufer-Umlauf. Das ZDF machte neo und auch kultur tatsächlich zu Innovationslaboren, nicht zuletzt mit Programmaktionen wie dem TVLab, in dem einmal im Jahr eine Woche lang neue Programmformate gezeigt und zur Abstimmung gestellt werden. Für den Sender gibt das ZDF soviel Geld aus wie die ARD für alle drei Digitalkanäle zusammen.

Innovationspotenzial

Dank dieser Programmierung und auch dank einer aktiven Bewerbung im Hauptprogramm schaffte es ZDFneo, in den ersten drei Monaten des Jahres immerhin auf einen Marktanteil von durchschnittlich 0,8 Prozent zu kommen, während die ARD-Kanäle Tagesschau24 und EinsPlus bei 0,1 Prozent vor sich hindümpeln. Auch EinsFestival bleibt mit 0,3 Prozent weit hinter ZDFneo zurück. Kein Senderchef kann ein Interesse daran haben, einen Sender, der nach drei Jahren schon ähnliche Marktanteile erreicht wie ARTE, aufzugeben oder in eine komplizierte Kooperation mit der ARD einzubringen.

Das ZDF zumindest hat gezeigt, dass es sehr wohl in der Lage ist, die Innovationspotenziale der Spartenkanäle zu nutzen. Umso unverständlicher ist die Forderung nach einem Jugendkanal, die plötzlich zum Lieblingsthema der Medienpolitiker und auch der Gremien geworden ist. Diese Forderung kommt zu einem Zeitpunkt, da die Utopie der 90er, dass jeder Mensch im digitalen Zeitalter zu seinem eigenen Programmdirektor wird, mehr und mehr Wirklichkeit wird. Junge Menschen schauen heute Videos bei YouTube, in den Mediatheken und zwischendurch jede Menge Serien auf DVD. Ihnen ist völlig egal, ob der ursprünglich aussendende Kanal nun ZDF hieß, ARD, RTL oder VOX. Im Zweifelsfall wissen sie es gar nicht, die Bindung an den einen Kanal („mein RTL“) gibt es schon lange nicht mehr. Die Idee eines Jugendkanals kommt mindestens zehn Jahre zu spät.

Kurzatmige Medienpolitik

Die mütterliche Aufforderung der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) an ARD und ZDF, sie möchten sich doch bitteschön besser abstimmen, zeigt das ganze Dilemma einer kurzatmigen Medienpolitik, die sich zu wenig für Strukturen interessiert und zu häufig auf symbolische Politik setzt. Nachdem man die Konzepte für die Digitalkanäle genehmigt hatte, stellte man drei Jahre später plötzlich fest, es seien nun doch zu viele, und überhaupt wolle man einen Jugendkanal. Doch wen bitte soll so ein Jugendkanal erreichen? Die

Jugendlichen, die schon lange nicht mehr Viva oder MTV gucken? Die Medienpolitiker, die immer noch in Programmschemata denken?

Mit ihrem schlichten Sendereinmaleins macht es sich die Medienpolitik zu einfach. Aber das Angebot aus

sechs mach drei klingt zu verlockend. Man wird es nicht liegen lassen. Das Nachsehen hat der Beitragszahler, der am Ende wieder komplizierte Senderstrukturen finanzieren muss statt guter Ideen. ■

Selbstbewusste Gremlins

Die Rundfunkräte müssen transparenter werden / Von Fritz Wolf

epd Es könnte ganz einfach sein: Wer die Arbeit der Rundfunkgremien verbessern, verändern oder effizienter gestalten will, muss sich nur in Nachbars Garten umsehen. Die Spielräume sind schon da.

Rundfunkratssitzungen zum Beispiel sollten grundsätzlich öffentlich zugänglich sein? Geht doch – beim SWR oder beim BR. Jemand möchte gern wissen, wie viel Aufwandsentschädigung Gremienmitglieder bekommen? Nicht beim Rundfunkrat des HR nachfragen, der verweigert jede Auskunft – aber bei Radio Bremen hat der Rundfunkrat beschlossen, sie auf Euro und Cent ins Netz zu stellen; schließlich sei man ja den Gebührenzahlern gegenüber verpflichtet. Interessierte Bürger möchten die Protokolle der Gremiensitzungen nachlesen, aus welchen Gründen auch immer? Das könnte mühsam werden beim ZDF, dort werden Sitzungsprotokolle wie Geheimdokumente behandelt. Aber beim RBB hat der Rundfunkrat beschlossen, die Papiere ins Netz zu stellen. Gremien sind schließlich keine Geheimbünde.

Föderale Strukturen

Die Beispiele zeigen: Offenbar wissen in den föderal strukturierten Sendern der ARD die einen Gremienvertreter manchmal nicht, auf welcher Grundlage die Kollegen in den anderen Sendern arbeiten. Sie verteidigen Positionen, die andere längst aufgegeben haben oder verhindern eine Öffentlichkeit, die andere längst pflegen. Der Grund ist der föderal strukturierte Rundfunk, jedes Land stellt seine eigenen Rundfunkgesetze, Satzungen und Geschäftsordnungen auf.

Diese gleichen sich auf den ersten Blick in den Grundzügen, auf den zweiten unterscheiden sie sich erheblich. Die Feinheiten kennen nur die Juristen und einige Fachleute. Wie überhaupt Medienpolitik in Deutschland eine Angelegenheit von Juristen und Experten ist, kaum einmal aber Gegenstand einer größeren öffentlichen Aufmerksamkeit. epd medien hat vor fünf Jahren eine „Gremiendebatte“ angestoßen, deren Ergebnisse auch

heute noch wichtig sind. Sie ist freilich im engen Zirkel der Medienöffentlichkeit verblieben.

Öffentlicher Auftrag

epd Der Publizist Fritz Wolf hat im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung (OBS) die Arbeit der Gremien von ARD und ZDF untersucht. Wolf kommt in dieser Studie zu dem Schluss, dass die Arbeit der Gremien sehr unterschiedlich organisiert ist. Auch die Zusammensetzung der Räte unterscheidet sich von Anstalt zu Anstalt. Vieles ließe sich hier anpassen, ohne das föderale Prinzip zu gefährden, meint der Publizist. Zugleich fordert er die Gremienmitglieder auf, sich medienpolitisch stärker zu engagieren. Die Studie erschien unter dem Titel „Im öffentlichen Auftrag. Selbstverständnis der Rundfunkgremien, politische Praxis und Reformvorschläge“ als OBS-Arbeitsheft 73. Für epd medien hat der Autor die Ergebnisse seiner Studie zusammengefasst. An die entscheidenden Organisationen appelliert er, die Gremien nicht als „Arenen für parteipolitisches Schattenboxen“ zu missbrauchen.

In der breiten Öffentlichkeit jedenfalls sind die Rundfunkgremien ein weitgehend unbekanntes Phänomen. Wer wird dorthin delegiert? Was sollen die Gremien leisten, was können sie leisten? Sind das nicht die „Gremlins“, die Günther Jauch vor einigen Jahren noch eine Talkshow in der ARD vermiest haben? Sind Rundfunkräte nicht Leute, die immer brav ihren Intendanten zu- und deren Pläne abnicken? Andererseits war doch zu hören, dass etwa der ARD-Programmbeirat die öffentliche Kritik an der Talkshow-Schiene der ARD aufgegriffen und Veränderungen gefordert hat. Oder dass einige ARD-Rundfunkräte dem Fernsehdeal mit Boxpromotern künftig die Zustimmung verweigern wollen.

Und dann ist da noch die beim Bundesverfassungsgericht anhängige Normenkontrollklage gegen den ZDF-Staatsvertrag im Gefolge der Affäre Brender. Die obersten Richter sollen prüfen, ob in den Gremien des ZDF zu viele Politiker und Regierungsvertreter sitzen und ob diese Konstruktion den verfassungsrechtlichen Grundsatz der Staatsfreiheit verletzt. Wie so häufig ist auch hier wieder eine politische Frage auf die lange juristische Bank geschoben worden.

Gebot der Stunde

Es gibt jedenfalls genug Gründe, sich näher und aus praktischer Sicht mit der Arbeit der Rundfunkgremien zu befassen. Schon allein aus Gründen der Transparenz. Transparenz ist in den öffentlich-rechtlichen Sendern ein Gebot der Stunde. Der Medienwandel, die Attacken der Verleger und die Umstellung der Rundfunkgebühr haben diese Frage noch einmal nach vorne gebracht. Was geschieht mit den Rundfunkbeiträgen? Welche Art Programm wird mit diesem Geld auf den Weg gebracht? Wer kontrolliert, ob ARD und ZDF den Programmauftrag erfüllen?

Die Kontrolle obliegt den Gremien – so steht es in den Gesetzen. Aber nicht nur besteht zwischen Theorie und Praxis der Gremienarbeit, zwischen gesetzlichem Auftrag und politischer Praxis manchmal ein erheblicher Unterschied. Auch innerhalb der Gremien selbst agieren unterschiedliche Interessengruppen und unterschiedliche Mentalitäten. Rundfunkräte haben eine ambivalente Position. Sie sind per Auftrag der Öffentlichkeit verpflichtet, sind aber von Interessenorganisationen entsandt. Sie sollen ihren Sender kontrollieren, aber es ist eben auch ihr Sender, dem sie sich loyal verpflichtet fühlen. Sie brauchen in den unübersichtlichen medienpolitischen Fragen immer mehr Fachwissen, sind aber ehrenamtlich tätig.

Eine der Schlüsselfragen der Gremienpolitik ist die Rolle der Parteipolitik. Sie war vom demokratischen Anfang des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an virulent, hat sich über Jahrzehnte hinweg in der Farbenlehre und im Parteienproporz manifestiert und wird erst seit einiger Zeit vorsichtig modifiziert.

Politische Freundeskreise

Das Hauptaugenmerk gilt vor allem den Staatsvertretern in den Gremien. Im ZDF ist ihre Präsenz schlagend. Im Verwaltungsrat sitzen nominell fünf Ministerpräsidenten (ein Platz ist zurzeit vakant), im Fernsehrat nicht wenige Staatssekretäre. In einigen Sendern haben die Vertreter des Staates den Rückzug antreten müssen, im WDR etwa. Im SWR steht dieser Rückzug mit der Novellierung des SWR-Gesetzes in diesem Jahr an. Aber noch sitzen

in zahlreichen Gremien etwa des MDR, des BR oder des HR Abgesandte des Staates.

Etwas anders verhält es sich mit den Parlamentariern. Vertreter der Parteien werden in die Gremien als eine eigene gesellschaftliche Gruppe entsandt, die Zahlenverhältnisse sind in den Gesetzen festgeschrieben. Nimmt man die offiziellen Zahlen, zeigt sich, dass der Einfluss der Parteipolitiker in den einzelnen Sendern der ARD sehr unterschiedlich ausfällt. Auch sitzen in den Verwaltungsräten signifikant mehr Parteipolitiker als in den Rundfunkräten.

Der parteipolitische Einfluss reicht aber weiter. Tatsächlich haben sich Strukturen herausgebildet, die im Rundfunkauftrag nicht vorgesehen sind – etwa die politischen Freundeskreise, die in manchen, nicht allen Sendern agieren. Zwischen die Farben Schwarz und Rot haben sich in den letzten Jahren die Farben Grau (in Bremen: bunt) gemischt, in denen die Vertreter der sogenannten gesellschaftlichen Gruppen ihre Agenda beraten. Diese Gruppen sind freilich ihrerseits auch häufig wieder parteipolitisch durchmischt.

Der reale Einfluss der Parteipolitik ist weniger messbar, aber deutlich größer als der nominale. Die Parteien beherrschen das politische Geschäft vor und hinter den Kulissen, haben Erfahrung darin, wie man Mehrheiten beschafft und politische Ziele durchsetzt. Viele Gremienmitglieder, die von Verbänden und Institutionen benannt werden, haben zudem politische Karrieren hinter sich, waren in der Landespolitik oder in der Gemeindepolitik aktiv und bringen damit parteipolitischen Hintergrund mit.

Hinter den Kulissen

Jede Reform der Gremienarbeit müsste an diesem Punkt ansetzen. Die Gesetzgeber müssen, schon allein um dem Grundsatz der Staatsferne Genüge zu tun, selbst dafür sorgen, dass Vertreter des Staates in den unabhängigen Kontrollgremien nichts mehr zu suchen haben. Die parteipolitischen Freundeskreise gehören abgeschafft, mindestens sollten sie in ihrem Einfluss beschnitten werden. Und die Gremien selbst müssen im eigenen Interesse dafür sorgen, dass der Einfluss der Parteipolitik jedenfalls die eigene Arbeit nicht dominiert. Spätestens bei Personalfragen weiß bis heute jede Gremie, wie der parteipolitische Hase läuft.

Zweite Schlüsselfrage ist die Transparenz. In diesem Punkt gleichen die Gremien ihren Sendern. Die Öffentlichkeit weiß nicht nur deshalb wenig von der Arbeit der Gremien, weil es sich um ein Spezialthema handelt, sondern auch, weil viele Gremien lieber hinter den Kulissen agieren. „Präventive Wirkung der Fernsehrats-

antizipation“ hat der Vorsitzende des ZDF-Fernsehrats, Ruprecht Polenz, das einmal genannt. Es liegt auf der Hand, dass dieser Zustand der Geheimniskrämerei auf lange Frist keinen Bestand haben kann. Er beschädigt erstens das Ansehen der Gremien selbst, weil sie sich damit dem Verdacht ausliefern, lieber mit den Intendanten zu kungeln als sie zu kontrollieren. Er widerspricht auch den politischen Notwendigkeiten, die auf die Sender wie auf die Gremien zukommen.

Transparenz beginnt schon bei der Öffentlichkeitsarbeit. Dürre Kommunikatives, lustlose Personalien, ein paar notdürftig aufgereichte Zahlen aus dem Haushalt, insgesamt gerade mal das Notwendigste – das charakterisiert bis heute die öffentliche Präsenz nicht weniger Rundfunkräte. Was strittig ist, was diskutiert wurde, welche Argumente sich warum durchgesetzt haben – sehr selten dringt davon etwas nach außen.

Dass es auch anders geht, haben die Publikationen zum sogenannten Drei-Stufen-Test gezeigt, wo die Gremien per Gesetz dazu verpflichtet waren, Gutachten und Beschlüsse offenzulegen. Aus diesem Beispiel wäre zu lernen auch für die beiden wichtigsten Aktivitäten. Sitzungen sollten im Grundsatz öffentlich sein, Beschlüsse begründet und publiziert werden und Sitzungsprotokolle und Dossiers sollten öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein Kunststück kann das nicht sein, jeder Rundfunkrat hat heutzutage eine eigene Website.

Der Öffentlichkeit verpflichtet

Es ist ohnehin eine der Absurditäten des Mediensystems, dass ausgerechnet Institutionen, die für Transparenz in der Gesellschaft sorgen sollen, in eigenen Angelegenheiten so intransparent sind. Niemand wird erwarten, dass plötzlich große Nachfrage nach Sitzungsprotokollen einsetzen wird; so spannend ist die Lektüre wirklich nicht. Auch werden öffentliche Rundfunkratssitzungen wohl kaum von informationshungrigen Bürgern gestürmt werden. Es geht vielmehr darum, dass die Gremien ein Signal setzen, dass sie sich in ihrer Arbeit vor allem anderen der Öffentlichkeit verpflichtet fühlen.

Wenn die Gremien selbst den Schritt in die Öffentlichkeit nicht wagen, werden andere dafür sorgen, dass die Daten öffentlich werden. Der Datenjournalist Lorenz Matzat hat dieser Tage die Initiative Open ARD ZDF gegründet, die detaillierte Transparenz bei den Ausgaben der öffentlich-rechtlichen Sender schaffen will.

Wenn die Räte selbst für mehr Öffentlichkeit sorgen wollen, sollten sie wenigstens gelegentlich Rundfunkratssitzungen so interessant planen und auslegen, dass tatsächlich dafür öffentliche Aufmerksamkeit erreicht werden kann. Rundfunkräte könnten so dazu beitragen,

dass Angelegenheiten des Rundfunks nicht nur als Frage von Service und Konsum betrachtet werden, sondern als eine von Demokratie, bürgerlichem Selbstverständnis und gesellschaftlicher Kommunikation.

Dafür müssen sich drittens die Gremien modernisieren, und zwar auf mehreren Ebenen. Ein innerer Widerspruch ist, dass Gremienarbeit Ehrenamt ist, diese aber zugleich hohe Qualifikationen erfordert. Professionalisierung ist dafür ein wesentlicher Schlüssel. Die Gremienvorsitzendenkonferenz (GVK) der ARD spielt inzwischen in Fragen der Qualifikation und der einheitlichen Meinungsbildung in den Rundfunkräten der ARD eine wichtige Rolle. In den einzelnen Sendern finden sich wieder unterschiedliche Ansätze. Während etwa das WDR-Gesetz ein Mindestmaß an medienpolitischen Kenntnissen verlangt und im Radio-Bremen-Gesetz Weiterbildung sogar verpflichtend festgeschrieben ist, verzichten die meisten anderen Gremien auf solche Festlegungen.

Externer Sachverstand

Sabine Nehls, die 2009 in einer Studie die Strukturen für gewerkschaftliche Gremienmitglieder untersucht hat, kam zu dem Ergebnis, dass Weiterbildung und Professionalisierung der Gremienmitglieder den Erfordernissen weit hinterher hinkt und nicht systematisch gepflegt und gefördert wird. Zur Professionalisierung gehört auch, dass Gremien in die Lage versetzt werden müssen, externen Sachverstand heranziehen, wenn die Aufgabe es erfordert – so wie es paradigmatisch im Fall des Drei-Stufen-Tests der Fall war.

Es fehlt hier insgesamt an Strukturen und wohl auch an Einsicht. Dazu müssten die Arbeitsstrukturen der Kontrolleure verbessert werden. Sie fallen in den einzelnen Sendern höchst unterschiedlich aus. Beim WDR oder beim ZDF sorgen große und finanziell gut ausgestattete Gremienbüros dafür, dass die Rundfunkräte arbeitsfähig sind. Anderswo sind die Gremienbüros nur kümmerlich ausgestattet, können nicht einmal eigenständige Pressearbeit leisten. Hier liegt eine Aufgabe der Gesetzgeber, für eine wenigstens einigermaßen vertretbare Angleichung der Ausstattung zu sorgen. Und eine Aufgabe der Rundfunkräte, entsprechende Strukturen zu fordern.

Modernisierungsbedarf besteht auch in der Zusammensetzung der Gremien. Mit wenigen Ausnahmen (etwa beim NDR) sind die Amtszeiten für Rundfunkräte nicht begrenzt. Das führt nicht selten zu langen, sehr langen Gremienkarrieren. Das mag zwar Sach- und Verfahrenskennntnis mit sich bringen, auch Kontinuität sichern, behindert aber auf der anderen Seite die Flexibilität. Vor allem verändert sich die Gesellschaft schneller, als die gesetzlichen Regelungen nachkommen. So agieren in einigen Rundfunkräten immer noch Vertreter der

Vertriebenenverbände, aber Vertreter aus Nichtregierungsorganisationen wie Amnesty International, Attack oder Reporter ohne Grenzen sucht man hier vergebens.

Dass sich etwas verändern lässt, zeigt sich daran, dass in fast allen Rundfunkräten Vertreter von Migranten einbezogen sind. Mit dem neuen SWR-Gesetz sollen im SWR erstmals auch Muslime eine Vertretung bekommen; die Vertriebenenverbände und die Freikirchen dagegen müssen ihre Sitze abgeben.

Medienpolitisches Faustpfand

Nicht auf der Höhe der Zeit sind die Gremien auch in Sachen Geschlechtergerechtigkeit. Beim ZDF etwa oder auch beim Bayerischen Rundfunk und beim MDR stimmen die Proportionen noch lange nicht, Frauen sind deutlich unterrepräsentiert. Nur beim NDR und bei Radio Bremen kann man von Gleichstand sprechen.

Als eine der zentralen Fragen für die Zukunft der Gremien wird sich die Entsendepraxis erweisen, was den Sachverstand wie auch das medienpolitische Engagement angeht. Der rundfunkpolitische Auftrag muss in den einzelnen Organisationen ernster genommen werden. Sitze in Rundfunkräten dürfen nicht politische Versorgungsposten sein, Spielplatz für Wichtigtuer und Adabeis. Die Räte sind keine Arenen für parteipolitisches Schattenboxen. Die medienpolitische Bedeutung aktiver, kontrollierender und selbstbewusster Gremlins ist zu groß, um sie zu verspielen. Das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem verfügt in dieser demokratischen Grundkonstruktion über ein wichtiges medienpolitisches Faustpfand. Und alle diejenigen, die in einem rein kommerziellen Mediensystem keine Aufmerksamkeit mehr fänden, sollten größtes Eigeninteresse haben, es nicht leichtfertig aus der Hand zu geben. ■

Professionalisiert die Rundfunkräte!

Die (Ohn-)Macht der ehrenamtlichen Gremien / Von Jutta Brückner

epd In den erregten Debatten um das neue Bezahlmodell für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten treffen sich in der Ablehnungsfront die unterschiedlichsten Positionen. Einen sehr starken Anteil haben die Printmedien verschiedener Couleur, an ihrer Speerspitze „Bild“. Das hat die Anstalten dazu verleitet, die Kritik als eine reine Wettbewerbskampagne zu sehen und sich darauf zu verlassen, dass sie ihre Interessen in stiller Diplomatie und im Verbund mit wohlmeinenden Medienpolitikern wahren können.

Die Wirklichkeit ist aber komplexer und auch gefährlicher. Denn die Verleger und ihre Angestellten, deren ökonomische Zwänge und persönliche Ängste nicht zu leugnen sind, sehen sich in ihren Vorbehalten und Resentiments von einer breiten Resonanz an Zustimmung gespiegelt und zu immer neuen populistischen Attacken angestachelt durch eine bislang unbekannt Allians. Da sind einmal die Netz-Aktivistinnen, die die Fernsehgebühr als eine Art Paywall ansehen, die geschleift gehört, und die überdies glauben, das Medium Fernsehen als historisch überholt längst hinter sich gelassen zu haben.

In dieser Verweigerungshaltung sind sie sich einig mit bildungsbürgerlichen Kreisen, die aus totaler Enttäuschung über zu viel Talk und Schmonzetten fernseh-abstinent oder – wie die Medienredaktion der „Süddeutschen Zeitung“ – zu tiefen Skeptikern des Systems gewor-

den sind. Oder „Dschungelcamp forever“ rufen und das marktschreierische Unterschichten-Angebot von RTL SAT1 PRO 7 RTL 2 als ironischen Metatext feiern. Dann ist da die große Gruppe einer unteren Mittelschicht, die glaubt, dass 17,98 Euro im Monat eine Menge Geld im Haushaltsbudget ist für ein Programm, das sie kaum schaut. Für Bevölkerungsteile, die nur Privatsender sehen, hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk bereits die Legitimation verloren.

So heterogen die Gründe im Einzelnen auch sind, zusammen ergeben sie eine hochexplosive Mischung, deren mögliche Wirkung von den Hierarchen in den Sendern von ARD und ZDF sträflich unterschätzt wird, wenn sie beschließen, sich durch medial geschürte Hysterien nicht verrückt machen zu lassen. Denn hier handelt es sich nicht um eine saisonale Modeerscheinung, die man aussitzen kann. Alarmierend für jeden Intendanten sollte schon der Blick auf das Feld seiner Getreuen in dieser Schlacht sein. Die Produzentenallianz hat vor einigen Wochen leise auf die Vorteile der neuen Rundfunkabgabe hingewiesen, jetzt haben medienpolitisch engagierte Gewerkschafter von DGB und IG Metall ihre Stimme erhoben (epd 14/13). Aber sonst? Schweigen. Schweigen, das man nicht unbedingt als Zustimmung werten sollte.

Zu tief sitzen inzwischen die Ressentiments, zu groß sind Entfremdung und Enttäuschung geworden. Und zu breit sind die Angriffsflächen, die ARD und ZDF in ihren Hauptprogrammen bieten. Oft hat man den Eindruck, dass es den Programmverantwortlichen überhaupt nicht bewusst ist, dass eine völlig neue Situation entstehen wird, wenn schon morgen auf den neuen Fernsehgeräten die Angebote der Öffentlich-Rechtlichen auch noch mit Youtube, Google und Apple konkurrieren müssen.

Überbeuerte Sportrechte

In der Fülle von frei wählbaren Einzelwerken, die dann zur Verfügung stehen, wird das, was bisher schon von vielen Kritikern immer wieder als Baustellen der öffentlich-rechtlichen Programme benannt worden ist, in einem noch grelleren Licht erscheinen: die maßlos überbeuerten Sportrechte, die Auslagerung von allem „Anspruchsvollen“ in die Spartenkanäle 3sat, ARTE und Phoenix und das Übermaß der banalen Spielfilme mit schematischen Plotkonstruktionen und – wie es bei den Programmachern heißt – „weichen, frauenaffinen Themen“. Und nicht zuletzt die Dauerkriminalisierung aller gesellschaftlichen Zusammenhänge, wie sie uns Tag für Tag in unzähligen Kriminalserien entgegenschwappt.

Diese Entwicklung hält nun schon eine Zeit lang an und es wird dringlich, sich zu fragen, was die Kontrollorgane der Rundfunkanstalten, die Rundfunkräte, dazu sagen. Unzufriedenheit mit den Sendern müsste logischerweise auch in Unzufriedenheit mit den Rundfunkräten münden, die diese Entwicklung nicht verhindert haben. Denn sie sind die Aufsichtsgremien der Sender.

In ihnen sitzen Vertreter jener klassischen Öffentlichkeit, wie sie im 20. Jahrhundert definiert worden ist: Kirchen und Religionsgemeinschaften, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, die Verbraucherzentrale, der Landesjugendring, die Vereinigungen von Schriftstellern, Journalisten, Migranten, Senioren, Frauen und natürlich die Parteien. Und die erste von vielen Fragen, die sich auf die Funktion der Rundfunkräte beziehen, ist, ob diese bunte Mischung noch ausreicht, um die Anstalten wirkungsvoll zu kontrollieren.

Rundfunkrat oder –rätin zu sein ist eine schwierige, undankbare Aufgabe. Die Zumutungen, Anforderungen, Hoffnungen sind gewaltig, die Möglichkeiten der Einflussnahme denkbar klein. Die Rundfunkräte dürfen den Intendanten und die Programmverantwortlichen wählen und einmal im Jahr dürfen sie den Wirtschaftsplan beschließen, ein dickes Werk von großer Komplexität, das an jeden, der nicht berufsmäßig Bilanzen liest, hohe Anforderungen stellt. Aber das ist es auch schon.

Ansonsten dürfen die Rundfunkräte nur zur Kenntnis nehmen, denn sie sind nicht in die Entscheidungen eingebunden und werden lediglich im Nachhinein informiert. Sie dürfen kritisieren, Fragen stellen, ihrer Unzufriedenheit Ausdruck verleihen. Aber das alles bleibt ziemlich folgenlos, denn de facto sind die Machtverhältnisse in Satzungen und Regelwerk festgeschrieben.

Die Macht der Kontrolleure

epd In den Rundfunkräten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sitzen Kontrolleure jedweder Couleur – Vertreter von Gewerkschaften, Frauenverbänden, Kirchen oder Parteien sollen so die Einhaltung des gesetzlichen Sendeauftrags überwachen, die Vielfalt im Programm sichern und den Haushalt des Senders genehmigen. Doch wie mächtig sind die Kontrolleure der Sender in der Realität? Unsere Gastautorin Jutta Brückner beschreibt aus ihrer Sicht Unzulänglichkeiten im System der ehrenamtlichen Rundfunkräte. Sie sitzt im Rundfunkrat des RBB und im Programmbeirat von ARTE Deutschland. Von den Sendern fordert sie mehr Anstrengungen zur Fortbildung von Rundfunkräten, mehr Expertise und auch mehr Transparenz.

Es gibt eine kategoriale Ungleichheit zwischen der Geschäftsführung als Exekutive, und denen, die sie auf dem Papier beaufsichtigen sollen. Hier der selbst in kleinen Sendern gut geölte Apparat mit seinen finanzwirtschaftlichen und juristischen Experten, der seine Entscheidungen mit Engagement und differenziertem Wissen verteidigt, dort eine kleine Gruppe von Menschen, die jenseits ihrer partikularen Interessen und eines oft wachen, gesellschaftspolitischen Engagements nichts über das innere Funktionieren eines Medienapparates wissen. Hier eine Mannschaft, die mit ihrem Sender auch ihren Arbeitsplatz verteidigt, dort eine Reihe von klugen und in ihren jeweiligen Bereichen kompetenten Menschen, die aber bei der Beurteilung grundlegender medienpolitischer Fragen, die auch von hochbezahlten Experten kontrovers diskutiert werden, hoffnungslos überfordert ist.

Es ist ein Parlament von ehrenamtlichen Mahnern und Wächtern, das einmal alle zwei Monate für drei bis vier Stunden (wenn es hoch kommt) die Belange des Senders zur Kenntnis nimmt, aber keine Möglichkeit hat, sich grundlegende Entscheidungen langfristig zu erarbeiten, Fachleute zu befragen oder sich Expertisen vorlegen zu lassen. Rundfunkräte bei den unterschiedlichen Sendern arbeiten unterschiedlich, doch für alle gilt,

dass die wirklich wichtigen Fragen mangels Zeit und allgemeiner Kenntnislage gar nicht behandelt werden können. Stattdessen gilt es, sich kleinlichen Beschwerden und ausufernden Briefwechseln mit Gruppierungen zu widmen, die sich in irgendeiner Sendung nicht richtig dargestellt sehen.

Andere Sprache der Sender

Die Öffentlichkeit erwartet von diesen Rundfunkräten, dass sie kompetent und effektiv Kontrolle ausüben über Anstalten, die 2012 über 7,6 Milliarden Gebührengeld und Tausende Mitarbeiter verfügten. Das ist illusionär. Stillschweigende Einwilligung und freundliche Begleitung dessen, was die Geschäftsführung tut, ist unter diesen Umständen – neben Kritik an einzelnen sichtbaren Entscheidungen, die fast immer folgenlos bleibt – die einzige Möglichkeit.

Welche gravierenden Effekte interne Verschiebungen von Bereichen und neue Zuschneidungen von Ressorts haben, wissen nur die Hauptabteilungsleiter. Wie sehr Kapazitäten ausgedünnt und das Know-how in den Sendern vielfach geschwunden ist, dringt nicht bis zu den Rundfunkräten. Über ungute Verquickungen und Absprachen zwischen einzelnen Fernsehprominenten und deren Firmen und den Sendern wird nicht informiert, brisante Details aus Verträgen kommen allein durch Zufall ans Tageslicht. Erst, wenn der Skandal da ist, weiß man, was man hätte fragen müssen, denn nur auf konkrete Anfrage hin, werden die Dinge behandelt. Und Programmkritik bezieht sich nur auf Gesendetes, nicht darauf, was alles gesendet werden müsste und nicht gesendet wurde.

Die Sender sprechen mittlerweile oft eine andere Sprache als ihre Gremien. Zu befürchten ist, dass es sich nicht nur um semantische Differenzen handelt, sondern dass auch eine andere Wahrnehmung von Wirklichkeit eingesetzt hat. Anders lässt sich nicht erklären, welche unterschiedlichen Vorstellungen sich entwickelt haben beispielsweise über die Frage, was unter der Sparte „Dokumentation“ verstanden werden soll oder wie viel Boulevard in der Information steckt. So etwas lässt sich nicht bestimmen, wenn nur die Anzahl der Sendeplätze aufgezählt wird.

Zahlen und Einordnungen müssten deshalb immer auf die Basis ihrer Erhebung hin befragt werden. Und dann ist man schon mittendrin in einer inhaltlichen Diskussion über programmliche Standards und darüber, warum viele im Prinzip gut gedachte Formate so schlecht gemacht sind. Häufig fehlt ihnen jede Form oder auch nur das Bewusstsein dafür. Doch das alles ist nur zu leisten, wenn man die Arbeit eines Rundfunkrates als Vollzeitbeschäftigung betreibt.

Bisher ist es ein Ehrenamt, und was das bedeutet, hat Hans Hoff in der „Süddeutschen“ aufgezeigt. Im Gesamtetat des WDR sind für die Rundfunkratsarbeit 2013 nur 1,6 Millionen Euro veranschlagt, was etwas mehr als 0,1 Prozent des WDR-Budgets entspricht. Und mit diesem schmalen Etatposten für seine Aufsichtsgremien ist der WDR noch Spitzenreiter unter den Anstalten der ARD.

Dagegen plant die Landesanstalt für Medien NRW für 2013 mit einem Etat von 18,8 Millionen Euro, 15,8 Millionen Euro der Einnahmen stammen aus dem Rundfunkbeitrag. Für die 14 Landesmedienanstalten, die über die Privatsender wachen sollen, sind im Rundfunkstaatsvertrag zwei Prozent der Gebühren veranschlagt. Selbst wenn man nur ein Prozent ansetzte, da ihnen davon nicht alles zugutekommt, zahlt der Beitragszahler für die Privatsenderüberwachung immer noch das Zehnfache dessen, was der Rundfunkrat kostet.

Das in der traditionellen Demokratie historisch gewachsene System der Rundfunkräte ist heute, in der postmodernen Gesellschaft, nur noch ein Wurmfortsatz der Fernsehanstalten. Es behauptet Kontrolle, wo Kontrolle nicht wirklich stattfinden kann. Denn ein Kontrollgremium kann nur sinnvoll kontrollieren, wenn es mitdenken kann – ansonsten degeneriert es zur Meckerbude. Und wenn man die Rundfunkräte wahlweise als „Gremlins“ (Günther Jauch) tituliert oder als „Laienspielschar“ (Hans Hoff), dann sind die Einzelnen damit ungerecht abgeurteilt, nicht aber die Institution als ganze.

In keiner Weise genügt sie mehr den Anforderungen an eine moderne Informations- und Mediengesellschaft. Unsere öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind Big Player, die den gesamten Tagesablauf ihres Publikums strukturieren. Sie sind weiterhin unverzichtbar in der Demokratie, trotz der vielen Fehlentwicklungen der letzten Jahre und der mangelnden Transparenz sogar im Innern der einzelnen Häuser. Aber für sie gilt das Gleiche wie für die Demokratie selbst: Sie sind es nur, wenn sie nicht „marktförmig“ werden.

Umbau zum Service-Unternehmen

Die Verheerungen einer marktförmigen Demokratie, die sich die politischen Entscheidungen von den Finanzmärkten diktieren lässt, erleben wir gerade. Die Verheerungen, die ein marktförmiger Rundfunk anrichtet, sind nicht so leicht zu durchschauen, denn sie kommen im freundlichen Servicegewand. Einem marktförmigen Rundfunk sind die Launen seiner „Kunden“ Gesetz. Es ist legitim, auch Service-Sendungen zu machen, aber es entspricht nicht dem Gründungsgeist des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, den gesamten Sender zum Service-Unternehmen durch ein Geschäftsmodell

umzubauen, das seine „Tageskunden da abholt, wo sie sind“ und ihnen in maßgeschneiderten Programmen Convenience-Food fürs Gehirn und die Augen liefert. Es gibt zu viele solcher Tendenzen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Rundfunkräte haben diese Entwicklung durchaus schon kritisiert und angeprangert und manche hoffnungsvollen Kritiker haben darin bereits einen Kulturwandel und ein gestärktes Selbstbewusstsein gesehen. Aber die punktuelle Kritik an den vielen Talkshows im Ersten, an überteuerten Sportrechten, teurer Auslagerung von Produktionen in die Firmen der Stars oder die Vernachlässigung der Kernkompetenz im Feld der Dokumentationen, Kultur-Features und Reportagen haben nur dann wenigstens Gehör gefunden, wenn sie von der Medienkritik orchestriert worden sind, weil sich in ihnen Skandale verbargen. Dass sie Wirkung gehabt hätten, davon spricht vorläufig noch niemand.

Und auch erst seit dem finanzpolitischen Debakel der Degeto stehen deren Herzschmerz-Melodramen in einer breiteren Öffentlichkeit in schlechtem Licht. Das Grundübel, die inhaltliche Verflachung durch Quotenfixierung, die zu Angeboten auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner führt, hinter dem man die Mehrheiten vermutet, ist ungebrochen. Und hier reicht punktuelle Kritik nicht aus, weil es um grundsätzliche Überlegungen über das System eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks, seine Aufgaben und Funktionen in einer postmodernen Demokratie gehen muss.

Nicht nur im Nachhinein informieren

Solche Überlegungen können sinnvoll ansetzen an einer Neudefinition dessen, was ein Rundfunkrat sein sollte. Die BBC hat einen Trust und in ihm wachen gut bezahlte Profis über den Sender. Die „New York Times“ hat einen Ombudsmann, der als eine Art Schiedsrichter zwischen Lesern und Redakteuren steht, ein unabhängiger Kontrolleur mit besonderem Zugang zu den Redaktionen, von denen er aber nicht Mitglied ist.

Es gibt Überlegungen in Deutschland, ob der Rundfunkrat nicht eine Art „Ko-Management“ für eine Geschäftsführung sein sollte, die vor lauter Zwängen der Anstalt und aktuellen Problemen kurzatmig bis blind agiert und nur noch in der Logik des Systems denkt. Welches der Modelle man aber auch wählt, die Arbeit der Rundfunkräte muss professionalisiert werden, um sie sinnvoll in Entscheidungsprozesse einzubinden und nicht nur im Nachhinein zu informieren.

Wenn man am bisherigen Modell gesellschaftlicher Repräsentanz festhalten will, müssen den Gremienvertretern unbedingt Fachleute an die Seite gestellt

werden. Denn ohne Fachkenntnisse sind die Entwicklungen von heute und morgen nicht mehr zu begreifen und zu steuern. Zusätzlich müssen die Rundfunkräte Arbeitsmöglichkeiten bekommen, die über die sporadischen Treffen, wie es sie heute gibt, weit hinausgehen, und Mittel, sich kundig zu machen und Expertisen einzuholen.

Denn die Rundfunkräte als Vertreter der Öffentlichkeit sollten die eigentlichen Ansprechpartner der Geschäftsführungen sein und nicht die Medienfirmen, von denen viele Anstalten sich heute Profil und Programm vorschreiben lassen. Deren Ausrichtung am Markt ist ihr Geschäftsmodell und Existenzberechtigung. Markt und Öffentlichkeit sind aber nicht identisch. Die Behauptung, sie seien es, ist der Kern jenes neoliberalen Modells, dessen Verheerungen wir heute teuer bezahlen.

Nur eine solche grundlegende Professionalisierung würde den Rundfunkrat von einem freundlich abnickenden Ehrenamt zu einer wirklichen Kontrollinstanz machen, und das ist nur mit wirklicher Arbeit und Entlohnung zu machen. Denn es steht mehr auf der Agenda als ein bisschen Programmkritik an Formaten, ein kleiner Relaunch, ein paar Programmänderungen hier und da und eine verstärkte Werbe- und PR-Offensive.

Es geht auch um die innere Verfasstheit der Sender, die Medienbeobachter inzwischen als Neo-Feudalisierung beschreiben. Undurchsichtige und tief zweifelhafte Entscheidungen von Hierarchen haben dazu geführt, dass viele Redakteure sich an Gängelung und Kompetenzentzug gewöhnen mussten oder daran, dass sie als gut bezahlte Grüß-Gott-Auguste nicht mehr Programmacher, sondern Programmmanager von ausgelagerten Entscheidungsprozessen sind. Die Kapazitäten sind ausgedünnt worden und die Kompetenzen in den Sendern sind vielfach geschwunden.

Fachlicher Qualifizierungsbedarf

Da bekanntlich der Fisch zuerst vom Kopf her stinkt, liegt auch in diesem Fall die Hauptschuld in den Hierarchen, die ihren Aufgaben nicht gewachsen sind und im Zweifelsfall ihren eigenen Mitarbeitern wenig bis nichts zutrauen, ihnen systematisch das Vertrauen entzogen haben und stattdessen am liebsten auch alle kreativen Gedanken über ein Outsourcing-Verfahren beziehen – am besten von Töchtern und Enkeltöchtern ihrer Sender. Wohl auch deshalb traf den Chefredakteur des WDR, der vom neuen Rundfunkbeitrag als „Demokratieabgabe“ sprach, so viel Hohn, denn vieles in den Anstalten selbst ist ein schlechtes Beispiel für transparente Demokratie.

Die klassische Demokratie, das Gesellschaftsmodell, in dem der öffentlich-rechtliche Rundfunk und damit auch

seine Kontrollorgane, die Rundfunkräte, eingerichtet worden sind, existiert nicht mehr. Die postmoderne Gesellschaft ist eine Informations- und Mediengesellschaft, die weiterhin global explodiert. Wir erleben einen revolutionären, technologisch getriebenen Strukturwandel der Öffentlichkeit, von dem wir noch gar nicht wissen, wohin er führt.

Nicht nur die augenblicklichen Rundfunkräte haben fachlichen Qualifizierungsbedarf in den grundlegenden Fragen, die Programmacher und Entscheider, unter ihnen kluge und engagierte Leute, haben ihn ebenfalls. Die Rundfunkanstalten spielen eine zentrale Rolle dafür, dass die Herausforderungen unserer Zeit erkannt und Strategien entwickelt werden, wie ihnen zu begegnen ist. Aber nicht mit dem Arsenal von gestern. ■

■ INLAND

Gericht: Meldedatenabgleich für Rundfunkbeitrag ist zulässig

Bayerischer Verfassungsgerichtshof weist Antrag auf Einstweilige Anordnung zurück

München (epd). **Der einmalige Meldedatenabgleich in Zusammenhang mit der Reform der Rundfunkgebühr ist nach Ansicht des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs zulässig. Wie das Gericht am 22. April bestätigte, hat es einen Antrag auf eine Einstweilige Anordnung gegen den Meldedatenabgleich zurückgewiesen. Geklagt hatte ein wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Passau, der durch den Abgleich die informationelle Selbstbestimmung der Wohnungsinhaber verletzt sah. Der Bayerische Rundfunk begrüßte das Urteil.**

Der Meldedatenabgleich sei ein „effizientes Kontrollinstrument“, urteilte der Verfassungsgerichtshof, mit dem eine „verlässliche und möglichst vollständige Erfassung der Rundfunkbeitragsschuldner im privaten Bereich in einem überschaubaren Zeitraum sichergestellt werden soll“. Der Abgleich diene damit auch einer größeren Beitragsgerechtigkeit. Eine Aussetzung würde „zumindest vorübergehend eine gleichmäßige Beitragserhebung in erheblicher Weise beeinträchtigen“.

Der Jurist Ermano Geuer hatte im vergangenen Jahr eine Popularklage gegen den neuen Rundfunkbeitrag beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof eingereicht, weil er erhebliche Härten im Einzelfall aufweise (epd 33/12). Über die Klage in der Hauptsache hat das Gericht noch nicht entschieden. Geuer hatte in der Erstellung eines „zentralen Melderegisters“ durch den Beitragsservice der Rundfunkanstalten ein „enormes Missbrauchspotenzial“ gesehen. Er hatte argumentiert, es würden auch Daten übermittelt, die für die Rundfunkgebührenpflicht „vollkommen unerheblich“ seien, wie etwa der Doktorgrad oder der Familienstand.

Das Gericht verwies darauf, dass die Daten zweckgebunden übermittelt würden. Zudem gebe es Löschpflichten

für die Landesrundfunkanstalten. Dadurch sei sichergestellt, dass die Sender nur die Daten speichern würden, die für den Zweck des Beitrageinzugs erforderlich seien.

BR-Sprecher Christian Nitsche sagte am Dienstag, eine Verwendung der Daten für Werbung und Marktforschung sei grundsätzlich ausgeschlossen. Überflüssige Daten würden unverzüglich gelöscht. Die Datenübermittlung erübrige nicht nur viele Nachfragen, sie spare auch Personal- und Verwaltungskosten.

Um die Umstellung auf den neuen Rundfunkbeitrag zu Beginn des Jahres zu erleichtern, hatten die Landtage einen einmaligen Meldedatenabgleich beschlossen. Diese Datenübermittlung soll helfen, möglichst alle Beitragszahler zu erfassen. *dir*

Presseplätze für NSU-Prozess werden durch Los vergeben

Vier Plätze für türkischsprachige Medien - Auslosung erfolgt am 29. April

München (epd). **Die Plätze für Medienvertreter beim bevorstehenden NSU-Prozess werden nach einem Losverfahren vergeben. Das teilte das Oberlandesgericht München am 19. April mit. Dabei sind vier Plätze für auf Türkisch publizierende Medien reserviert. Ein Platz ist für griechischsprachige Medien, ein weiterer für Medien in persischer Sprache vorgesehen. Vom 19. April (12 Uhr) bis zum 23. April (24 Uhr) konnten sich Medien für das Losverfahren anmelden. Die Auslosung erfolgt am 29. April durch einen Notar.**

Der Redakteur der türkischen Tageszeitung „Zaman“, Bayram Aydin, bezeichnete das Losverfahren auf epd-Anfrage als „beste Lösung“. Die Verantwortlichen im Oberlandesgericht hätten die richtige Entscheidung getroffen. Die vier reservierten Sitzplätze für türkische Medien hält Aydin für ausreichend, da es in Deutschland vier große türkische Tageszeitungen gebe. Sollte der

Bedarf unter den türkischen Medien dennoch größer sein, könne man über eine Pool-Bildung nachdenken.

Nach der ursprünglichen Entscheidung des Gerichts, nach der die Sitzplätze streng nach Eingang der Anmeldungen vergeben wurden, hatten türkische Medien keine garantierten Sitzplätze bekommen. Das Bundesverfassungsgericht hatte in der vergangenen Woche jedoch entschieden, dass ausländische Medien mit besonderem Bezug zu den Opfern der NSU-Taten eine angemessene Zahl von Sitzplätzen erhalten müssen (epd 16/13). Acht der zehn NSU-Mordopfer waren türkischstämmig, eines griechischstämmig.

Insgesamt bleibt es bei der Zahl von 50 Presseplätzen, wie das Oberlandesgericht mitteilte. Diese sind in drei Obergruppen eingeteilt: Fünf Plätze entfallen auf in- und ausländische Nachrichtenagenturen, zehn auf deutschsprachige Medien mit Sitz im Ausland und fremdsprachige Medien sowie 35 auf deutschsprachige Medien im Inland. Innerhalb dieser Gruppen sind einige Plätze für Untergruppen - beispielsweise in der zweiten Gruppe für türkischsprachige Medien - reserviert. Jedes Medium kann sich mit beliebig vielen Vertretern am Akkreditierungsverfahren beteiligen, ein Medium nimmt aber immer nur mit einem Los teil.

Von den 35 Plätzen für die deutschsprachigen Medien im Inland gehen jeweils zwei Plätze an das öffentlich-rechtliche und das private Fernsehen, jeweils drei Plätze an den öffentlich-rechtlichen und den privaten Rundfunk, acht an Tageszeitungen und vier an Wochenzeitungen. Beim Losverfahren werden zunächst aus dem Unterloskorb so viele Lose gezogen, wie gesetzte Plätze vorhanden sind. Die nicht gezogenen Lose kommen in den allgemeinen Gruppenloskorb, anschließend werden die noch in der Untergruppe vorhandenen Plätze vergeben.

Der Deutsche Journalisten-Verband bezeichnete das neue Akkreditierungsverfahren als „nur zweitbeste Lösung“. Zwar werde mit der Reservierung von Platzkontingenten für bestimmte Mediengattungen dem großen Interesse Rechnung getragen. Es sei aber kritikwürdig, dass somit freie Journalisten „vollständig vom NSU-Prozess ausgeschlossen“ seien, sagte der DJV-Bundesvorsitzende Michael Konken.

Der Prozess gegen die mutmaßliche NSU-Terroristin Beate Zschäpe beginnt am 6. Mai. Ursprünglich war der 17. April als Starttermin vorgesehen. Das Gericht hatte den Prozess nach der Entscheidung des Verfassungsgerichts jedoch verschoben. *rid/lbm*

DuMont Redaktionsgemeinschaft liefert weiter Texte an die FR

Stellenabbau bei „Berliner Zeitung“ im Zusammenhang mit FR-Insolvenz

Berlin/Frankfurt a.M. (epd). Die „Frankfurter Rundschau“ (FR) wird auch künftig Texte von der DuMont Redaktionsgemeinschaft beziehen, die bei der „Berliner Zeitung“ angesiedelt ist. Die gemeinsame Mantelproduktion von FR und „Berliner Zeitung“ ende jedoch wie geplant am 31. Mai, teilte der Kölner Verlag M. DuMont Schauberg am 24. April mit. DuMont besitzt die Mehrheit an der „Berliner Zeitung“ und kontrollierte bis Ende Februar auch die FR.

Die neue Vereinbarung trete am 1. Juni in Kraft, hieß es. Die Redaktionsgemeinschaft beliefert als Tochterfirma die überregionalen Ressorts der Abo-Zeitungen des DuMont-Konzerns. Die FR, die im November Insolvenz angemeldet hatte und zum 1. März von der Verlagsgruppe der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ übernommen wurde, werde künftig nicht mehr Gesellschafter der Redaktionsgemeinschaft sein, sagte ein DuMont-Sprecher dem epd. Stattdessen werde die FR einzelne Texte kaufen, vor allem aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Feuilleton und Reportage.

Trotz dieser Vereinbarung bleibt es beim Abbau von Stellen in der Redaktionsgemeinschaft. Bereits im November hatte DuMont angekündigt, infolge der FR-Insolvenz bei der „Berliner Zeitung“ und in der Redaktionsgemeinschaft insgesamt 46 Stellen zu streichen (epd 49/12). Diese Zahl sei weiterhin aktuell, sagte der Sprecher. Die Zahl von 46 beinhalte aber nicht nur Redakteure, sondern auch Layouter und Sekretärinnen. Zum Stand eines möglicherweise bereits teilweise vollzogenen Stellenabbaus wollte sich der Konzern nicht äußern.

Der „Spiegel“ hatte am 22. April berichtet, Ressortleiter und leitende Redakteure sollten vom Stellenabbau bei der „Berliner Zeitung“ ausgenommen bleiben. Chefredakteurin Brigitte Fehrle sagte dem Magazin: „Wir wollen so sparen, dass für den Leser kein Qualitätsverlust entsteht.“ Laut „Spiegel“ haben bereits zehn Mitarbeiter einer Abfindung zugestimmt.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und ihr Schwesterverlag Frankfurter Societät hatten nur 28 der zuvor 450 FR-Beschäftigten übernommen (epd 9, 10/13). Dies waren zu einem Großteil Redakteure für die lokale und regionale Berichterstattung. Ein neues überregionales Konzept für die FR müsse noch erarbeitet werden, hieß es Ende Februar. *rid/lob*

Transfergesellschaft für Mitarbeiter der Westfälischen Rundschau

Qualifizierungs- und Coaching-Angebote - WAZ-Konzern stellt 250.000 Euro bereit

Dortmund/Essen (epd). Für die 120 gekündigten Redakteure der „Westfälischen Rundschau“ soll es nun eine Transfergesellschaft geben, für deren Einrichtung der Arbeitgeber 250.000 Euro bereitstellt. Darauf hätten sich Betriebsrat und Geschäftsleitung geeinigt, bestätigte der Unternehmenssprecher des WAZ-Konzerns in Essen dem epd. Die ehemaligen Beschäftigten könnten die Angebote der Transfergesellschaft im Anschluss an ihre jeweilige Kündigungsfrist für sechs Monate wahrnehmen.

Darüber hinaus soll es Qualifizierungs- und Coaching-Angebote einer Transferagentur geben. Ab Anfang Mai könnten die ehemaligen Redakteure die ersten Angebote nutzen, berichtet das Internet-Blog „Medienmoral NRW“. Über die konkreten finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen würden die Mitarbeiter bei einer Betriebsversammlung am Mittwoch informiert.

Der WAZ-Konzern, der sich in Funke Mediengruppe umbenannt hat, hatte zum 1. Februar die Redaktion der in Dortmund erscheinenden „Westfälischen Rundschau“ geschlossen, die Zeitung erscheint aber weiter. Der Mantelteil wird vom Content-Desk der WAZ zugeliefert, der Lokalteil von anderen WAZ-Zeitungen oder Konkurrenten zugekauft.

Transfergesellschaften haben die Aufgabe, von Arbeitslosigkeit bedrohte Mitarbeiter eines Betriebes in einer maximal zwölfmonatigen Beschäftigung zu betreuen, um sie in neue Beschäftigungsverhältnisse zu vermitteln. In dieser Zeit erhalten die Mitarbeiter über die Bundesagentur für Arbeit ein sogenanntes Transferkurzarbeitergeld, das häufig vom entlassenden Unternehmen aufgestockt wird.

Die konkrete inhaltliche Ausgestaltung der Transfergesellschaft ist Aushandlungssache von Betriebsrat und Unternehmensleitung. Der Wechsel in eine Transfergesellschaft ist für die von Arbeitslosigkeit bedrohten Beschäftigten freiwillig. *lwd*

Studie: Rundfunkräte wichtig für Glaubwürdigkeit von ARD und ZDF

Einfluss der Parteien in den Gremien verringern

Frankfurt a.M. (epd). Die Rundfunkräte der öffentlich-rechtlichen Sender sind wichtig für die Glaubwürdigkeit und die Sicherung der Qualität der Programme von ARD und ZDF. Zu diesem Schluss kommt eine dem epd vorliegende Studie, die der Medienkritiker Fritz Wolf im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung erstellt hat (vgl. Leitartikel in dieser Ausgabe). In der am 22. April veröffentlichten Studie fordert der Publizist, den Einfluss der Parteien in den Gremien zu verringern: „Parteien dürfen die Gremien nicht dominieren – weder offen noch verdeckt.“

Als wichtige Aufgabe der Gremien bezeichnet Wolf die Qualitätssicherung durch Programmkontrolle. Rundfunk- und Fernsehräte dürften sich nicht in die Programmgestaltung einmischen, schreibt er. Sie hätten jedoch „auf die Entwicklung und Qualitätssicherung des Gesamtprogramms zu achten und darauf, dass die öffentlich-rechtlichen Qualitätsversprechen eingehalten werden“.

Wolf fordert die Gremien auf, die Öffentlichkeit zu suchen. Rundfunkräte sollten im Regelfall öffentlich tagen, empfiehlt er. Die Öffentlichkeit brauche Einblick in die Tätigkeit der Gremien, und Rundfunkräte sollten diese auch über die Gremienarbeit hinaus suchen. Dadurch könnten sie dazu beitragen, medienpolitische Themen in der Gesellschaft zu diskutieren.

Die Arbeit der ehrenamtlich tätigen Rundfunkräte müsse professionalisiert werden, „ohne dass dadurch die Idee des Ehrenamts und der gesellschaftlichen Repräsentanz unterlaufen wird“, schreibt Wolf. Er fordert, dass die Organisationen, die Vertreter in die Rundfunkräte entsenden, die Gremienarbeit ernster nehmen als bisher: „Ein Sitz in einem Rundfunkgremium ist eine gesellschaftspolitisch relevante Aufgabe.“ Die Rundfunkräte sollten „sich nicht als geschmeidige Co-Manager einer Rundfunkanstalt, sondern als selbstbewusste Kontrolleure verstehen“, fordert Wolf. Die Sender wiederum müssten ihre Gremien ernster nehmen und bessere finanzielle und organisatorische Rahmenbedingungen schaffen.

Der Publizist fordert eine andere Zusammensetzung der Gremien. Derzeit seien wichtige gesellschaftliche Strömungen nicht ausreichend repräsentiert, schreibt er. Organisationen der Zivilgesellschaft müssten stärker eingebunden und Zuschauerinteressen stärker berücksichtigt werden.

Jupp Legrand, Geschäftsführer der Otto-Brenner-Stiftung, sagte, die demokratische Kontrolle durch funktionierende Gremien könne für die Sender „so etwas wie eine Lebensversicherung sein“. Dazu sei allerdings ein Mentalitätswandel notwendig: in den Gremien selbst, bei den Sendern und bei der Politik. Die Studie mit dem Titel „Im öffentlichen Auftrag. Selbstverständnis der Rundfunkgremien, politische Praxis und Reformvorschläge“ ist über die Otto-Brenner-Stiftung zu beziehen und kann im Internet heruntergeladen werden (► http://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/AH73_Rundfunk_web.pdf).

Die medienpolitische Sprecherin der Grünen, Tabea Rößner, unterstützte die Forderungen der Studie. Als erster wichtiger Schritt müsse der nach Meinung der Grünen verfassungswidrige Einfluss des Staates aus den Aufsichtsgremien des ZDF zurückgedrängt werden, sagte sie. Die Politikerin erinnerte daran, dass in Karlsruhe eine Klage der Bundesländer Rheinland-Pfalz und Hamburg gegen den ZDF-Staatsvertrag anhängig ist. Sie hoffe sehr, dass das Bundesverfassungsgericht in Kürze entscheide, sagte sie. Zugleich forderte sie, die Aufsicht über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk müsse künftig „staatsferner, transparenter, jünger und weiblicher“ ausgestaltet werden. *dir*

Tageszeitungen verlieren vier Prozent an Auflage

„Bild“ unter 2,5 Millionen Exemplaren – „Stern“ durch Relaunch leicht im Plus

Berlin (epd). Die deutschen Tageszeitungen haben im ersten Quartal 2013 rund vier Prozent weniger Ausgaben verkauft als im Vorjahresquartal. So verkauften die Zeitungen einschließlich der Sonntagsausgaben und aktuellen Sonntagszeitungen pro Erscheinungstag 20,50 Millionen Exemplare, wie die Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW) am 22. April in Berlin mitteilte. Bereinigt fällt der Rückgang noch höher aus, da in den aktuellen Zahlen auch ePaper-Verkäufe enthalten sind, in den Vergleichszahlen des Vorjahrs jedoch nicht.

Die verkaufte Auflage der „Frankfurter Rundschau“ (FR) brach um mehr als ein Viertel (27,4 Prozent) ein und lag im ersten Quartal bei 87.136 verkauften Exemplaren. Im ersten Quartal 2012 waren es noch 120.094 verkaufte Zeitungen pro Tag. Der FR-Verlag hatte im Oktober 2012 Insolvenz angemeldet, seitdem erscheint das Traditionsblatt in einer neuen Gesellschaft, die zur „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) und

dem Schwesternverlag Frankfurter Societät gehört. Die neuen Besitzer hatten angekündigt, bei der FR künftig nur noch die harte Auflage aus Abos und Einzelverkauf auszuweisen.

Der größte Verlierer in absoluten Zahlen ist die „Bild“-Zeitung. Von Montag bis Samstag verkaufte sich das Boulevardblatt durchschnittlich 2,46 Millionen Mal. Das bedeutet einen Verlust von 8,1 Prozent und 215.673 verkauften Exemplaren im Vergleich zum Vorjahresquartal.

Die ebenfalls im Verlag Axel Springer erscheinende „Welt“ verlor 8,37 Prozent der verkauften Auflage und liegt nun bei 229.137 verkauften Exemplaren von Montag bis Freitag. Allerdings weist der Verlag die Auflage nur gemeinsam mit dem Schwesterblatt „Welt Kompakt“ aus.

Die FAZ verlor 4,7 Prozent der verkauften Auflage und liegt nun bei durchschnittlich 338.478 verkauften Exemplaren. Die „Süddeutsche Zeitung“ verkaufte im Schnitt 420.377 Zeitungen pro Tag und verlor damit 2,6 Prozent an verkaufter Auflage.

Bei den Sonntagszeitungen gingen die Verkäufe von „Bild am Sonntag“ um acht Prozent auf 1,31 Millionen Exemplare pro Sonntag zurück. „Welt am Sonntag“ (402.708 Exemplare) und „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ (347.249 Exemplare) büßten leicht um 0,6 Prozent beziehungsweise 1,3 Prozent an Auflage ein.

Die Wochenzeitung „Die Zeit“ konnte mit einem Plus von 2,7 Prozent bei den Verkäufen leicht hinzugewinnen, allerdings sind auch in dieser Zahl – anders als im Vorjahresquartal – die ePaper-Verkäufe enthalten. Die verkaufte Auflage lag im ersten Quartal 2013 bei 519.573 Exemplaren. Rechnet man die ePaper-Verkäufe heraus, hat sich die Auflage kaum verändert.

„Der Spiegel“ verlor 5,4 Prozent verkaufter Auflage und liegt nun bei 883.310 Exemplaren. Mit Verlusten von 1,8 Prozent kam der „Focus“ auf 531.724 verkaufte Magazine pro Woche. Der „Stern“ konnte mit einem Plus von 0,7 Prozent durchschnittlich 831.857 Exemplare verkaufen. Allerdings ist in den Zahlen auch die vergünstigte Ausgabe zum Relaunch des Magazins enthalten, die sich im Einzelhandel drei Mal häufiger verkaufte als andere Ausgaben.

Die Publikumszeitschriften büßten insgesamt rund 2,46 Prozent der verkauften Auflage im Vergleich zum Vorjahresquartal ein. So wurden im ersten Quartal insgesamt durchschnittlich 107,9 Millionen Zeitschriften pro Ausgabe verkauft. Bei den Fachzeitschriften blieben die Verkäufe annähernd stabil. So wurden im 12,02 Millio-

nen Exemplare im ersten Quartal 2013 abgesetzt, was einem leichten Rückgang von 0,35 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal bedeutet. hse

Vergütungsregeln für freie Zeitungsfotografen vereinbart

Ab 1. Mai gelten Mindesthonorare – Kritik von Berufsverbänden Freelens und VDS

Berlin (epd). Die **mehrwöchigen Verhandlungen über Vergütungsregeln für Zeitungsfotografen sind zu Ende. Wie der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) am 22. April mitteilte, hat der DJV-Gesamtvorstand entschieden, gegen das Anfang Februar erreichte Schlichtungsergebnis keinen Widerspruch einzulegen. Auch die Tarifkommission der Deutschen Journalisten-Union in ver.di (dju) habe sich zuvor so entschieden, hieß es. Kritik an der Entscheidung kommt von Fotografen-Verbänden.**

Die neuen Vergütungsregeln, an deren Aushandlung insgesamt 89 Verlage des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) beteiligt waren, treten laut DJV somit am 1. Mai in Kraft und sehen Mindesthonorare für Fotos in Zeitungen vor. Sie betreffen alle hauptberuflich freien Fotojournalisten. Beim Erstdruckrecht darf das Honorar nicht 19,50 Euro je Foto unterschreiten, für das Zweitdruckrecht müssen Verlage den Fotografen mindestens 14,50 Euro zahlen.

Die Höhe des Honorars richtet sich nach der Größe des abgedruckten Fotos sowie der Auflage der Zeitung, in der es erscheint. Für ein vierspaltig erstmalig abgedrucktes Foto in einer Auflage von 200.000 Exemplaren sehen die Vergütungsregeln beispielsweise ein Honorar von mindestens 75,50 Euro vor. Laut einer Mitteilung der dju vom 7. Februar ist auch die einmalige Nutzung der Fotos in einem aktuellen Online-Auftritt der jeweiligen Publikation eingeschlossen. Die Honorare für Fotos, für die eine Zeitung das Alleinrecht erwirbt, müssen demnach „angemessen“ über den gestaffelten Sätzen liegen.

„Wir sehen in den Vergütungsregeln ein Instrument zur Eindämmung des Honorardumpings auf dem Bildermarkt“, sagte der DJV-Vorsitzende Michael Konken am 22. April. Der stellvertretende dju-Vorsitzende Frank Werneke sagte: „Nun müssen die Zeitungsverleger die Fotohonorare in vielen Fällen nach oben anpassen. Wir erwarten, dass dies in den Verlagen auch entsprechend erfolgt.“

Der Fotografen-Verein Freelens und der Verband Deutscher Sportjournalisten (VDS) kritisierten den Schlichterspruch. Lediglich 89 der mehr als 300 im BDZV vertretenen Verlage hätten an den Verhandlungen teilgenommen, teilten die Verbände am 18. April gemeinsam mit. Zu bemängeln sei auch, dass Fotografenverbände nicht einbezogen worden seien. „Die neuen Vergütungsregeln manifestieren einen über viele Jahre fortdauernden Preisverfall“, hieß es in der Mitteilung. Es fehlten Regelungen für die Bezahlung nach Zeiteinheiten. Zudem sei fraglich, ob sich die Verleger an die Vereinbarungen halten würden. Bereits bei den im Jahr 2010 vereinbarten Vergütungsregeln für freiberufliche Tageszeitungsjournalisten sei dies vielfach nicht der Fall (epd 1, 81/10).

Zörner: Mehr war nicht zu erzielen

DJV-Sprecher Hendrik Zörner sagte dem epd, von den 89 Verlagen hätten 86 dem Schlichterspruch zugestimmt. Man gehe daher davon aus, dass die neuen Regeln dort auch angewandt würden. „Bei den Vergütungsregeln handelt es sich um einen Kompromiss, der erst durch einen Schlichterspruch zustande kam. Mehr war mit den Verlagen nicht zu erzielen“, sagte Zörner.

Cornelia Haß, Bundesgeschäftsführerin der dju, erklärte am 23. April zu der Kritik der Verbände: „Bei Vergütungsregeln kommt es nicht auf die Zahl der Beteiligten auf der Verwerterseite an.“ Die Verlage, die dem BDZV für das Schlichtungsverfahren Vollmacht erteilt hatten, stellten einen „repräsentativen Querschnitt und eine Bandbreite unterschiedlichster Zeitungsverlage dar“. Eine Bezahlung von Zeiteinheiten könne laut Urheberrecht nicht mit Vergütungsregeln zur Nutzung von Werken geregelt werden, so Haß. Von den Regeln seien lediglich Abbildungen in Tageszeitungen und deren parallele Online-Publikation betroffen, deshalb könne man die Multimedia-Nutzung nicht einbeziehen. „Statt dies zu kritisieren, könnten Freelens und VDS jederzeit die Initiative dazu ergreifen, werden sich aber wohl – wie schon in der Vergangenheit – die Mühe und die Kosten nicht antun wollen“, kritisierte Haß.

Unterdessen appellierte der DJV erneut an die Zeitungsverleger, beim Abdruck von Fotos auf die Nennung der Fotografennamen zu achten. In der diesjährigen Stichproben-Auswertung von Tageszeitungen belegte die „Berliner Zeitung“ mit 81 Prozent richtigen Nennungen den ersten Platz, teilte der Verband mit. Allerdings wiesen nur 28 von insgesamt 117 Publikationen am Stichtag mehr als 50 Prozent korrekte Namensnennungen auf, wie aus einer Auflistung von untersuchten Medien hervorgeht. Kriterium war laut DJV die Nennung mindestens des Nachnamens an der Abbildung. Bereits im vergangenen Jahr hatte die Auswertung zum

wiederholten Mal deutliche Mängel beim Umgang der Zeitungen mit Fotografennamen belegt (epd 39/12).
nog

Bremer Tageszeitungen wollen ein Drittel des Personals abbauen

Verlag spricht von 55 Stellen –
Laut Betriebsrat fallen 110 Stellen weg

Bremen (epd). Die Bremer Tageszeitungen stehen vor einem großen Personalabbau. Beim „Weser-Kurier“ und den „Bremer Nachrichten“ sollen rund 110 Arbeitsplätze abgebaut werden, sagte Carsten Spöring vom Betriebsrat der Bremer Tageszeitungen AG am 24. April dem epd. Insgesamt solle die Belegschaft um ein Drittel schrumpfen. Die Bremer Tageszeitungen AG erklärte, es seien 55 Mitarbeiter betroffen, für die nun gemeinsam mit dem Betriebsrat ein Sozialplan erstellt werden soll.

Der Vorstand der AG habe die Belegschaft am 23. April informiert, dass zwei Teilbereiche des Verlags zum Jahresende geschlossen werden sollen. „Aufgrund der Beschleunigung der Umsatzrückgänge im überregionalen Anzeigenmarkt in den letzten Monaten“ seien umfassende Restrukturierungsmaßnahmen unumgänglich, erklärte der Verlag. Für Nachfragen war der Verlag nicht zu erreichen.

Betroffen sind laut Betriebsrat vor allem Mitarbeitende im Kundenservice und in der Druckvorstufe. Außerdem sollen etwa 20 der derzeit noch knapp 100 Redakteure über freiwillige Vereinbarungen ausscheiden. Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) kritisierte die Pläne.

Bereits zum 30. April wird die Bremer Tageszeitungen AG die Berichterstattung der Regionalausgaben „Achimer Kurier“ und „Verdener Nachrichten“ an den externen Dienstleister Pressedienst Nord GmbH (PDN) vergeben, sagte Betriebsrat Spöring. Die derzeit noch in Achim und Verden tätigen Redakteure sollen auf andere Redaktionen verteilt werden.

Zuvor waren schon die Regionalredaktionen des „Delmenhorster Kuriers“, der „Regionalen Rundschau“ in Bremen-Brinkum und des „Syker Kuriers“ an PDN vergeben worden. Der Dienstleister bezahlt seine Redakteure weit unter dem gültigen Tarifvertrag für Tageszeitungen.
Inb/hse

Studie: Deutsche Journalisten kritisieren sich selten gegenseitig

Auch Lob kommt zu kurz – Däubler-Gmelin für Öffnung der Selbstkontrollorgane

Berlin (epd). In deutschen Redaktionen ist Kollegienkritik selten. Zu diesem Ergebnis kommt eine am 18. April in Berlin vorgestellte Studie des Erich-Brost-Instituts für internationalen Journalismus an der Technischen Universität Dortmund (vgl. auch Leitartikel in epd 16/13). Nur acht Prozent der deutschen Journalisten gaben bei einer Online-Umfrage an, häufig Kollegen zu kritisieren. Mehr als die Hälfte bekommt selbst nur selten Kritik. Deutschland ist damit Schlusslicht im internationalen Vergleich. So kritisieren mehr als 70 Prozent der Schweizer Journalisten häufig Kollegen, in den Niederlanden knapp die Hälfte der Medienmacher.

Auch Lob kommt der Studie zufolge in deutschen Redaktionen zu kurz. Für die Untersuchung wurden 1.762 Journalisten aller Medienbereiche aus zwölf europäischen und zwei arabischen Ländern befragt, darunter 239 deutsche Journalisten. Dabei wurde auch erhoben, wie Medienmacher die Organe zur Selbstkontrolle der Medien sehen. Die Aussage, ohne verantwortliches Handeln der Journalisten gebe es keine Pressefreiheit, erhielt bei der Befragung hohe Zustimmung. Den Selbstkontroll-Instrumenten wie beispielweise dem deutschen Presserat als Wächter über die Einhaltung ethischer Prinzipien messen die Befragten aber keinen großen Einfluss zu.

Die frühere Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD) mahnte bei einer Diskussion über die Studienergebnisse in der Evangelischen Journalistenschule in Berlin eine Öffnung der Selbstkontrollorgane an, was die personelle Zusammensetzung und das Aufgabenspektrum angeht. Bei der Selbstkontrolle müsse beispielweise auch die Frage nach Arbeitsbedingungen von Journalisten stärker berücksichtigt werden, forderte die Politikerin, die der von der EU-Kommission eingesetzten sogenannten High-Level-Group angehört, bei der Fragen zur Pressefreiheit und zum Pluralismus der Medien erörtert wurden (vgl. weiteren Leitartikel in epd 16/13).

„Wir dürfen nicht unterschätzen, welche Abhängigkeiten es in Medienhäusern heute gibt“, sagte sie. Es würden immer mehr freie oder feste freie Journalisten eingesetzt, die sich aus Angst vor dem Arbeitsverlust nicht trauten, Probleme offen anzusprechen. Es müsse thematisiert werden, dass darin eine Gefahr für den Qualitätsjournalismus und seine demokratische Funktion liege, sagte Däubler-Gmelin. Organe wie der Presserat

sollten daher auch Personen aus Berufsgruppen abseits des Journalismus in ihren Beschlussgremien haben. Der deutsche Presserat wird von den Verleger- und Journalistenverbänden getragen.

Der Geschäftsführer des Presserats, Lutz Tillmanns, zeigte sich dem Vorschlag gegenüber offen. Wichtig sei aber, dass die Selbstkontrolle nicht in staatliche Verantwortung übergehe, sagte er.

Der Medienjournalist und „Bildblog“-Gründer Stefan Niggemeier forderte von den Journalisten mehr Mut, sich auf geeigneten Plattformen im Netz der Kritik von Lesern zu stellen. Er hoffe, dass sich die Kritikultur bei deutschen Journalisten ändere. Für denjenigen, der täglich Politiker und andere Akteure kritisiere, sollte dies selbstverständlich sein, sagte Niggemeier. *co*

Katholische „Funkkorrespondenz“ erscheint weiter

RBB-Intendantin Reim begrüßt Entscheidung der Bischofskonferenz

Bonn (epd). Die katholische Medienfachzeitschrift „Funkkorrespondenz“ wird nicht eingestellt. Das habe der Ständige Rat der katholischen Deutschen Bischofskonferenz am 22. April in Würzburg beschlossen, sagte ein Sprecher der Bischofskonferenz am 23. April dem epd.

Ende Februar war bekanntgeworden, dass die Bischöfe eine Einstellung des seit 60 Jahren bestehenden Medienfachdienstes zur Jahresmitte prüfen wollten (epd 9/13). Das hatte zu heftigen Protesten geführt. Vertreter aus Politik und Publizistik hatten die Bischöfe aufgefordert, die „Funkkorrespondenz“ zu erhalten. Sie zähle zu den „renommiertesten und traditionsreichsten Fachblättern der deutschen Medienpublizistik“, hieß es in einem Aufruf, den unter anderem der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir, Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) und ARD-Programmdirektor Volker Herres unterschrieben hatten.

In der Redaktion der „Funkkorrespondenz“, die im wöchentlichen Rhythmus erscheint, sind derzeit drei Mitarbeiter beschäftigt. Die Fachpublikation, deren Auflage bei 800 Exemplaren liegt, war 2003 der Verlagsgruppe des „Rheinischen Merkurs“ angegliedert worden. Nach der Einstellung des „Rheinischen Merkurs“ im Jahr 2010 ging sie an die dreipunktdrei Mediengesellschaft über, eine Tochter der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA).

RBB-Intendantin Dagmar Reim begrüßte die Entscheidung der Bischöfe. Die „Funkkorrespondenz“ sei „ein wichtiges Medium für die kritische Begleitung unserer Zukunft“, sagte sie. Beharrlichkeit, sachliche Recherche und journalistische Neugier zeichneten die Publikation aus. Es sei gut, ihre Existenz gesichert zu wissen. *dir*

HR erwirkt Verfügung gegen Amazon-Dienstleister

Zeuge nicht „frei erfunden“ – Streit über Doku „Ausgeliefert!“

Frankfurt a.M./Köln (epd). Im Streit über die ARD-Dokumentation „Ausgeliefert! Leiharbeiter bei Amazon“ hat der HR vor dem Landgericht Köln eine einstweilige Verfügung gegen eine Presseerklärung der Kölner Anwaltskanzlei Höcker erwirkt. Die Kanzlei habe auf eine angeblich „fingierte E-Mail“ einer „frei erfundenen“ Zeugin verwiesen und mehrfach behauptet, die Rechtsabteilung des HR habe „eine Manipulation freiwillig eingeräumt“, teilte der HR am 19. April mit. Dabei sei nicht darauf hingewiesen worden, dass der HR lediglich die wahre Identität eines existierenden Zeugen unkenntlich gemacht habe.

Die Kanzlei Höcker vertritt die Leipziger Firma CoCo Job Touristik, die im Auftrag von Amazon den Transport und die Unterbringung der Leiharbeiter organisiert hatte. Nach Angaben des HR haben die Kanzlei und die Firma erklärt, sie akzeptierten die einstweilige Verfügung und würden die beanstandeten Aussagen so nicht mehr verbreiten.

Die CoCo Job Touristik wurde in dem ARD-Beitrag mit deutlichen Worten kritisiert. Die Anwälte stießen sich vor allem an der Formulierung „Die Menschen werden (...) abgefüttert wie die Schweine“, die der HR aus der E-Mail des Zeugen zitiert hatte, und erwirkten dagegen eine einstweilige Verfügung beim Landgericht Hamburg. Gegen diese Entscheidung habe der HR Widerspruch eingelegt und eine mündliche Verhandlung beantragt, teilte der Sender mit.

Der Beitrag „Ausgeliefert! Leiharbeiter bei Amazon“ lief am 13. Februar im Ersten. Am 9. April hatte der HR in Reaktion auf kritische Stimmen eingeräumt, es wäre „sicherlich ratsam gewesen, auf die Verwendung eines geänderten Namens in dem Film ausdrücklich hinzuweisen“. Der HR stehe aber inhaltlich nach wie vor voll hinter der Dokumentation, hieß es. Der Anwalt Ralf Höcker hatte in dem Beitrag „Schmähekritik“ und „Demagogie“ gesehen. *rid*

Initiative „Open ARD ZDF“ will Transparenz schaffen

Langfristig angelegtes Projekt –
Bislang rund 40 Teilnehmer

Berlin (epd). **Eine Initiative will die Finanzen und Strukturen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten transparenter machen. Die Arbeitsgruppe mit dem Titel „Open ARD ZDF“ soll Zahlen und Vorgänge bei den Sendern möglichst aktuell und für jeden zugänglich aufbereiten, sagte der Journalist und Initiator Lorenz Matzat am 17. April in Berlin. Das Projekt sei langfristig angelegt und werde „sicherlich einige Jahre brauchen, um zum Erfolg zu kommen“.**

Neben ARD und ZDF würden auch das Deutschlandradio und die Deutsche Welle, die nicht durch Rundfunkgebühren finanziert wird, einbezogen. Matzat sagte dem epd, es gehe bei dem Projekt nicht darum, das Prinzip des öffentlich-rechtlichen Rundfunks infrage zu stellen. Vielmehr sollten Ausgaben und die Struktur des gesamten öffentlich-rechtlichen Rundfunks verständlich dargestellt werden. „Open ARD ZDF“ diene dabei als Knotenpunkt zum Informationsaustausch. Bislang hätten sich rund 40 Teilnehmer gemeldet, von denen einige bereits länger und intensiv an diesem Thema arbeiteten, sagte Matzat. Bei der kommenden Netzkonferenz Republica Anfang Mai in Berlin solle es ein erstes Treffen für die Mitarbeiter von „Open ARD ZDF“ geben.

Der ARD-Vorsitzende und NDR-Intendant Lutz Marmor sagte im RBB, die Anstalten stünden der Forderung nach mehr Transparenz grundsätzlich offen gegenüber. Die Kritik der Initiative sei berechtigt, denn nur Insider verstünden das bisher vorhandene Informationsmaterial wie etwa den KEF-Bericht. Die ARD habe einen Auftrag erteilt, um im Sommer „im Netz entsprechende Daten“ aufzubereiten, sagte Marmor. ARD-Sprecherin Ilka Steinhausen sagte dem epd, es handele sich dabei um Überlegungen, wie die bestehenden Informationen der einzelnen ARD-Anstalten auf einer zentralen Plattform zusammengeführt werden könnten. Welche Informationen darüber hinaus für die Allgemeinheit zur Verfügung gestellt würden, müsse noch geklärt werden.

Auch beim ZDF stelle man sich der Kritik von „Open ARD ZDF“ und baue das Informationsangebot zu dem Mainzer Sender weiter aus, sagte Sprecher Peter Gruhne. Bereits seit Anfang März fänden Interessierte im Onlineangebot des ZDF deutlich mehr Informationen über Organisation und Finanzen, etwa die Gehälter der Geschäftsleitung. Zudem seien die Haushaltslesungen des ZDF-Fernsehrats öffentlich. Nach jeder Sitzung des Fernsehrats stünden dessen Vorsitzender und der Intendant den Medien

für Fragen zur Verfügung. Es gebe aber auch Grenzen der Transparenz, etwa beim Datenschutz oder beim Persönlichkeitsrecht, sagte Gruhne. *meu*

Enquete-Kommission: Netzpolitik im Bundestag angekommen

Debatte über Abschlussbericht –
Jimmy Schulz: Zukunftsmodell

Berlin (epd). **Nach drei Jahren Arbeit hat die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ am 18. April im Bundestag ihren Abschlussbericht vorgestellt. Fraktionsübergreifend betonten die Gremiumsmitglieder, dass die Netzpolitik im Bundestag angekommen sei. „Ohne Internet ist eine moderne freie Gesellschaft wie unsere nicht möglich“, sagte der CDU-Obmann in der Enquete-Kommission, Jens Koeppen. Nun dürften die Handlungsempfehlungen des Gremiums „nicht in einen Dornröschenschlaf“ verfallen, sondern müssten umgesetzt werden.**

Einig waren sich die Mitglieder vor allem bei der Forderung, einen eigenständigen Ausschuss für Netzpolitik im Parlament zu verankern. Zudem empfiehlt die Kommission, auch in der Regierung eine Person zu benennen, die sich federführend um das Thema kümmert. Ähnlich unstrittig sind die neuen Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung durch das Internet. Der FDP-Obmann Jimmy Schulz sprach von einem Zukunftsmodell, wie Demokratie weiterentwickelt werden könne.

In Sondervoten betonten die Oppositionsparteien ihre Prioritäten für die künftige Netzpolitik. Die SPD sprach sich für eine stärkere Digitalisierung im Bildungswesen aus. „Wir brauchen einen radikalen Wandel“, sagte der netzpolitische Sprecher und Obmann der SPD-Bundestagsfraktion in der Kommission, Lars Klingbeil. Jeder Schüler müsse mit einem Laptop oder einem Tablet-PC ausgestattet werden. Es dürfe nicht von der Netzaffinität der Eltern abhängen, wie gut die Bildungschancen seien.

Der Grünen-Politiker Konstantin von Notz betonte vor allem den hohen Einfluss der Netzpolitik im politischen Alltag. Das Leistungsschutzrecht oder das Acta-Abkommen seien die besten Beispiele hierfür. Die Linke stellte die Netzneutralität in den Vordergrund. „Wir brauchen einen Datenschutz, der den Namen verdient“, sagte die stellvertretende Vorsitzende der Linken, Halina Wawzyniak. Anonymität und Pseudonymität müsse gesichert werden.

Die Kommission wurde im Mai 2010 eingesetzt, um über die Auswirkungen der Digitalisierung auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu diskutieren. Nach rund 200 Sitzungen wurden in mehreren Berichten auf insgesamt knapp 2.000 Seiten über 400 Leitlinien zu Themen wie Verbraucherschutz, Persönlichkeitsrecht, Netzneutralität, Urheberrecht oder Medienkompetenz erstellt (epd 8/13). Zur Kommission gehörten 17 Abgeordnete aller Fraktionen und eine gleiche Anzahl von Sachverständigen, darunter Vertreter aus der Wirtschaft und der Bloggerszene.

Der Verband Privater Rundfunk und Telemedien (VPRT) begrüßte, dass die Kommission durch die Art der Verfahren und die Formen der Beteiligung neue Impulse für die parlamentarische Arbeit gesetzt habe. Der starke netzpolitische Fokus habe aber bei einigen Projektgruppen „den Wert und die Bedeutung der im Netz transportierten Inhalte gegenüber Investitionen und Geschäftsmodellen in Infrastrukturen in den Hintergrund treten lassen“, sagte VPRT-Geschäftsführer Claus Grewenig. Hier müsse die Politik bei der Umsetzung der Handlungsempfehlungen nachjustieren. *tat/rid*

Studie „Digital-Index“ zeigt digitale Spaltung der Gesellschaft

Unterschiede zwischen Ost und West – Ein Drittel der Deutschen weiter offline

Berlin (epd). **Beim technischen Zugang und der Nutzung des Internets liegen die Ostdeutschen durchweg hinter den Westdeutschen. Zu diesem Ergebnis kommt der „Digital-Index“, den die Initiative D21 und das Marktforschungsinstitut TNS Infratest am 22. April in Berlin vorstellten. Deutschland komme bundesweit auf einen Digitalisierungsgrad von 51,2 von 100 möglichen Punkten.**

Der „Digital-Index“, der erstmals vorgestellt wurde, erfasst in einer Kennzahl vier Faktoren: den technischen Zugang zum Internet (eigener Computer, Breitbandanschluss), die persönliche Offenheit für die Möglichkeiten des Internets, Fähigkeiten im Umgang mit dem Netz und der Technik sowie die tatsächliche Nutzung. Dies wird in repräsentativen Umfragen ermittelt. Aus den Ergebnissen berechnet die Initiative D21 dann einen Punktwert zwischen Null und 100.

Danach wird bundesweit der höchste Wert (54,2 Punkte) bei den technischen Voraussetzungen erreicht, der niedrigste (40,3 Punkte) bei der tatsächlichen Nutzung.

Der Index erfasst auch die regionalen Unterschiede: Nordrhein-Westfalen liegt beim Digitalisierungsgrad mit 57,7 Punkten auf dem ersten Platz, vor Bremen und Schleswig-Holstein. Schlusslicht mit 40,5 Punkten ist Sachsen-Anhalt. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 51,2 Punkten. Im Osten fällt der Index durchweg niedriger aus.

Mit dem „Digital-Index“ soll die Internetnutzung differenzierter gemessen werden, als das bisher mit dem (N)onliner-Atlas geschieht, den die Initiative D21 seit 2001 herausgibt oder mit der seit 2009 erscheinende Studie „Digitale Gesellschaft“, die über das Verhalten der Internet-Nutzer Auskunft gibt.

So kommt etwa der Stadtstaat Hamburg im (N)onliner-Atlas 2013 auf Platz eins, weil 81,8 Prozent der Bürger im Internet unterwegs sind. Im neuen Digital-Index liegt die Stadt aber auf Platz 11 mit einem Index von 46,6 Punkten und damit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Der Vizepräsident von D21 und Geschäftsführer von TNS-Infratest, Robert A. Wieland, erläuterte, ein hoher Anteil von Internet-Nutzern sei nicht gleichzusetzen mit einer vielfältigen und kompetenten Internetnutzung. Der neue Index gebe eine differenziertere Auskunft.

Der Index bestätigt indes auch die bisherigen Ergebnisse über die digitale Spaltung der Gesellschaft. Männer nutzten das Internet mehr als Frauen, gebildete Bevölkerungsgruppen deutlich mehr als Menschen mit Hauptschulabschluss und Jüngere stärker als Ältere. Unter den 30- bis 40-Jährigen sind nahezu zwei Drittel sehr vertraut mit den digitalen Möglichkeiten – aber nicht mal ein Drittel der über 70-Jährigen.

Eine ähnliche Spaltung gibt es auch zwischen Gut- und Geringverdienern. Die Spaltung zwischen Männern und Frauen setzt laut Studie erst ab 50 Jahren ein, bei den Jüngeren nutzen beide Geschlechter das Internet praktisch gleich intensiv. Von den über 50-jährigen Frauen ist indes jede zweite immer noch offline.

Aus dem diesjährigen (N)onliner Atlas geht hervor, dass 76,5 Prozent oder 53,7 Millionen Bürger über 14 Jahren das Internet nutzen. In den letzten beiden Jahren ist die Zahl der Nutzer jeweils nur um 0,9 Prozentpunkte gestiegen, während der Anstieg in den Vorjahren stärker war. Die Nichtnutzer nennen mit 67,5 Prozent Datenschutzbedenken als häufigsten Grund ihrer Internet-Abstinenz. Weitere Gründe sind das eigene fortgeschrittene Alter oder Angst vor der Komplexität des Internets. *bm*

Gericht gibt Klage von Ex-„Echo“- Chefredakteur statt

Riebartsch muss weiterbeschäftigt werden – Verlag will Berufung einlegen

Darmstadt (epd). Der Verlag des „Darmstädter Echos“ muss seinen im Herbst entlassenen Chefredakteur Jörg Riebartsch (52) zu den bisherigen Bedingungen weiterbeschäftigen. Die fristlose Kündigung sei unwirksam gewesen, berichtete das „Echo“ in seiner Ausgabe vom 24. April. Dies habe das Arbeitsgericht Darmstadt am 23. April entschieden. Verleger Hans-Peter Bach kündigte an, nach Prüfung der Urteilsbegründung Berufung einzulegen.

Einen Vergleich habe das „Echo“ abgelehnt, sagte Riebartsch dem epd. Der Verlag hatte ihm im November 2012 gekündigt (epd 45/12). Als Grund hatte das „Darmstädter Echo“ damals unterschiedliche Auffassungen über die zukünftige Ausrichtung der Redaktion genannt.

Neue Stellvertreter benannt

Seine Stelle hat der Verlag inzwischen anderweitig besetzt. Seit Januar dieses Jahres führt Riebartschs ehemaliger Stellvertreter Michael Horn (49) die Redaktion. Horn solle ab 1. Mai von den Stellvertretern Ilka Ennen (43) und Alexander Schneider (41) unterstützt werden, teilte der Verlag mit.

Die ehemalige Unternehmensberaterin Ennen habe bereits seit drei Jahren als Projektredakteurin in der Chefredaktion gearbeitet und sei im Juli 2011 zur Prokuristin der „Echo Redaktionsservice GmbH“ ernannt worden. Der Jurist Schneider sei seit Oktober 2009 redaktioneller Leiter des Internetportals „Echo Online“ und seit Dezember 2012 Prokurist der Echo Online GmbH gewesen.

Zu den Echo-Zeitungen gehören auch das Rüsselsheimer Echo, das Groß-Gerauer Echo, das Odenwälder Echo, das Starkenburger Echo und das Ried Echo. Die verkaufte Auflage aller Echo-Zeitungen beträgt rund 80.000 Exemplare.

lmw

Peter Zschunke wird Chef vom Dienst beim epd

„Renommierter Agenturprofi“ – Peter Bosse-Brekenfeld geht in den Ruhestand

Frankfurt a.M. (epd). Der Agenturjournalist Peter Zschunke (56) wird neuer Chef vom Dienst der Zentralredaktion des Evangelischen Pressedienstes (epd). Er löst zum 1. Juli 2013 Peter Bosse-Brekenfeld (63) ab, der in den Ruhestand tritt, wie der epd am 22. April mitteilte. Zschunke wird auch als Social Media Editor in der Frankfurter epd-Zentrale fungieren, die zum Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gehört.

Zschunke berichtete ab 2010 als Chefkorrespondent für die damals neu gegründete Netzwelt-Redaktion der Deutschen Presse-Agentur (dpa) in Berlin über Internet-Technik und Netzpolitik. Anfang dieses Jahres baute er das neue dpa-Angebot der deutschsprachigen AP-Weltnachrichten mit auf. Die berufliche Laufbahn als Nachrichtenjournalist begann Zschunke 1986 in der Frankfurter Redaktion des deutschsprachigen Dienstes von Associated Press (AP). Dort war er zuletzt Auslandschef und stellvertretender Chefredakteur. Der Historiker und Kommunikationswissenschaftler ist Autor eines Standardwerks über Agenturjournalismus in Deutschland.

In der epd-Zentralredaktion gehört Zschunke künftig mit Chefredakteur Thomas Schiller und Nachrichtenchef Karsten Frerichs der Chefredaktion an. GEP-Direktor Jörg Bollmann sagte: „Wir freuen uns, dass wir mit Peter Zschunke einen erfahrenen und renommierten Agenturprofi für die anspruchsvolle Aufgabe in unserem Haus gewinnen konnten.“ Vorgänger Bosse-Brekenfeld ist seit 1980 als Redakteur für den epd tätig, zunächst für die Publikation epd-Entwicklungspolitik und seit 2001 als Chef vom Dienst und stellvertretender Chefredakteur.

Die Frankfurter epd-Zentrale produziert die überregionalen Nachrichten-, Foto- und Grafikdienste des epd und die Fachdienste epd medien, epd sozial und epd Dokumentation. Der epd hat darüber hinaus sieben eigenständige Landesdienste mit insgesamt 35 Standorten für die regionale Berichterstattung aus allen Teilen Deutschlands. Das GEP ist der zentrale Mediendienstleister der Evangelischen Kirche in Deutschland, ihrer Landeskirchen und Werke. Unter seinem Dach arbeiten unter anderem epd, die Redaktionen des evangelischen Magazins „chrismon“ und des Internetportals „evangelisch.de“ sowie die Rundfunkarbeit der EKD und der Freikirchen.

Nachfolgerin Zschunke bei dpa für die Redaktionsleitung der AP-Weltnachrichten wird Verena Schmitt-Roschmann. Sie arbeitete von 1993 bis 2010 bei AP in Deutschland, im Anschluss war sie bei der Nachrichtenagentur dapd und der Wochenzeitung „Der Freitag“ tätig, wie dpa am 23. April mitteilte. Im Januar dieses Jahres kam Schmitt-Roschmann zur dpa-Gruppe. Der deutschsprachige AP-Weltdienst wird seit Februar von der dpa vertrieben, zuvor lagen die Rechte bei der mittlerweile eingestellten dapd (epd 46, 51/12). *ts/rid*

Chefredakteur Volker Wasmuth verlässt n-tv

Geschäftsführer Demmel leitet künftig auch die Redaktion

Köln (epd). **Chefredakteur Volker Wasmuth verlässt nach zehn Jahren den Nachrichtensender n-tv. Die Aufgaben der Chefredaktion übernimmt Geschäftsführer Hans Demmel, wie der zur RTL-Gruppe gehörende Sender am 22. April in Köln mitteilte. Wasmuth will den Angaben zufolge eine neue Herausforderung suchen. Er leitete die Redaktion von n-tv seit 2006. Zuvor war er Nachrichtenchef und stellvertretender Chefredakteur des Senders.**

Demmel erklärte, Wasmuth stehe für „verlässliches, seriöses und glaubwürdiges Nachrichtenfernsehen“. Der Chefredakteur habe die Nachrichtenkompetenz von n-tv gestärkt und auch eine Steigerung der Marktanteile bewirkt, hieß es in der Mitteilung.

Von 1989 bis 1991 war Wasmuth Redakteur und Moderator beim RTL-Frühstücksfernsehen. Anschließend wechselte er als Chef vom Dienst und Moderator zu „RTL aktuell“ nach Köln. 1994 entwickelte er zusammen mit Heiner Bremer das „RTL-Nachtjournal“.

Geschäftsführer Demmel, der nun auch als Chefredakteur fungieren wird, ist wie Wasmuth gelernter Journalist. Er war Reporter und Redakteur beim Bayerischen Fernsehen, Chef vom Dienst und stellvertretender Redaktionsleiter bei den „Sat.1 News“ und ab 1992 USA-Korrespondent von Sat.1. Seit 1994 ist Demmel in der Mediengruppe RTL tätig: Er war unter anderem Chefredakteur des Senders Vox und Bereichsleiter Magazine bei RTL. Seit September 2007 ist Demmel Geschäftsführer von n-tv. *rid*

Jörg Armbruster erhält Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis

Gemeinsam mit freiem Reporter Marcel Mettelsiefen – Förderpreis für Eva Müller

Hamburg (epd). **Der ARD-Korrespondent Jörg Armbruster und der freie Journalist Marcel Mettelsiefen erhalten den Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis 2013. Die Auszeichnung gehe an „zwei Journalisten, die in völlig unterschiedlicher, aber in besonders herausragender Weise über den Bürgerkrieg in Syrien berichten“, wie das Preisbüro am 17. April in Hamburg bekanntgab. Der Preis ist mit insgesamt 5.000 Euro dotiert. Der mit 2.500 Euro dotierte Förderpreis geht an die WDR-Reporterin und Buchautorin Eva Müller.**

Der SWR-Journalist Armbruster leitete bis Ende 2012 das ARD-Auslandsstudio in Kairo. Am 29. März wurde der 65-Jährige während einer Reportage-Reise in der syrischen Stadt Aleppo angeschossen und schwer verletzt (epd 14/13). Nach mehreren Operationen besserte sich sein Gesundheitszustand. Er kann das Krankenhaus nach Angaben des SWR voraussichtlich in einer Woche verlassen.

Die Jury lobte in ihrer Begründung die „sorgfältigen, überlegten und zurückhaltenden Analysen von Jörg Armbruster, die sich von der Hektik des täglichen Produktionsdrucks und den inszenatorischen Erwartungen an einen Fernsehkorrespondenten in Krisen- und Kriegsgebieten nicht treiben lassen“. Seine ruhige Sprache und seine „erklärenden, manchmal didaktisch anmutenden Bildberichte“ seien ein „wohltuender und hochinformativer Kontrast zu den lärmenden Schnellfeuervideos aus einem zerrissenen Land“.

Der zweite Preisträger Marcel Mettelsiefen sei nicht in das Infrastrukturkorsett eines Fernsehsenders eingebunden, hieß es. Er nutze diese Freiheit als Foto-, Video- und Fernsehjournalist wie als Buchautor und gehe „seine eigenen Wege, um Erklärungen für Krisen und Kriege zu finden: unauffällig, unpräzise und unabhängig“. Seine Augenzeugenberichte aus Libyen und Syrien gehörten zum Besten, was im deutschsprachigen Fernsehen über die Revolutionen in diesen Ländern zu sehen war.

Die Förderpreis-Gewinnerin Eva Müller sei eine junge Journalistin, die sich „mit Zähigkeit und langem Atem“ filmischen Themen stelle, an die sich die meisten ihrer Kollegen nicht mehr wagten, urteilte die Jury. Müllers „filmische Anamnese des deutschen Sozialstaats“ beginne dort, wo das „News-Hopping“ ende. *rid*

■ KURZ & KNAPP

Berlin (epd). **Bundeskanzlerin Angela Merkel** (CDU) plädiert für eine **digitale Medienordnung** in der gesamten EU. Die derzeitige Gesetzeslage sei noch „nicht ausreichend“, sagte sie in einer am 20. April veröffentlichten Video-Botschaft. Urheberschutz und viele andere Fragen ließen sich aber nicht nur national lösen. Wenigstens in den 27 Mitgliedstaaten der EU müsse es den gleichen Rahmen geben. Die Kanzlerin betonte, dass dabei die Interessen der Urheber, der gewerblichen Nutzer und der Verbraucher zu berücksichtigen seien. „Wir als Bundesregierung fühlen uns hier nicht einer Gruppe verantwortlich, sondern wir fühlen uns dem Gemeinwohl verantwortlich“, sagte Merkel. Mit der Entstehung einer technischen Möglichkeit sei nicht sofort der Regulierungsrahmen da.

Unterföhring/Hamburg (epd). Der „Tagesschau“-Sprecher **Marc Bator** (40) wechselt zu Sat.1. Er werde am 10. Mai erstmals die „**Sat.1 Nachrichten**“ moderieren, teilte der Privatsender mit. Sat.1 werde mit dem Sprecher weitere Projekte in den Bereichen Information und journalistische Unterhaltung entwickeln. **Peter Limbourg**, bisher Hauptmoderator der „Sat.1 Nachrichten“ und Senior Vice President News & Political Information bei ProSiebenSat.1 TV Deutschland, wird am 1. Oktober Intendant der Deutschen Welle. Bator gehört seit 13 Jahren zum Sprecherteam der „Tagesschau“, seit 2005 spricht er auch die Hauptausgabe um 20 Uhr. Für Sat.1 präsentierte er im Sommer 2011 gemeinsam mit Jürgen von der Lippe die Quiz-Show „Ich liebe Deutschland“. Er ist am 27. April zum letzten Mal als Sprecher der 20-Uhr-Ausgabe zu sehen. An seiner Stelle wird künftig **Linda Zervakis** die 20-Uhr-Ausgabe der „Tagesschau“ präsentieren. Die Journalistin arbeitet seit 2001 beim NDR und seit 2006 bei ARD-Aktuell.

2009 vertrat sie Gabi Bauer und Ingo Zamperoni im „Nachtmagazin“.

Unterföhring (epd). **James Murdoch** und **Harald Rösch** sind neue Mitglieder im **Aufsichtsrat** des Bezahlensers **Sky Deutschland**. Sie wurden bei der Hauptversammlung am 18. April für die beiden vorzeitig ausgeschiedenen Mitglieder **Thomas Mockridge** und **Hans Seiler** nachgewählt. Murdoch ist der Sohn des Medienunternehmers **Rupert Murdoch**, der 54,8 Prozent an Sky hält. Rösch ist unter anderem Vorsitzender des Beirats der United Digital Group in Hamburg.

Berlin (epd). RBB-Intendantin **Dagmar Reim** (61) bleibt Vorsitzende des **Degeto-Aufsichtsrates**. Das **Germium** bestätigte sie im Amt und wählte MDR-Intendantin **Karola Wille** (54) zur stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden. Die Amtszeit beträgt vier Jahre. **Dagmar Reim** führt den Vorsitz seit Ende 2011. **Kirsten Frehse** übernimmt im Mai 2013 die Herstellungsleitung bei der Degeto. In Absprache mit der Geschäftsführung ist sie verantwortlich für das Controlling aller Film- und Fernsehprojekte, übernimmt die Kalkulationsverhandlungen und die Überwachung der Produktion. Sie war bislang freie Produktions- und Herstellungsleiterin und zeichnete unter anderem verantwortlich für die Serien „**Danni Lowinski**“ (Sat.1) und „**Flemming**“ (ZDF). Der Produzent **Sascha Schwingel** wird zum 1. Oktober Redaktionsleiter. Er ist seit 1998 bei Teamworx tätig und war als Produzent unter anderem für „**Dresden**“ (ZDF) und „**Hindenburg**“ (RTL) verantwortlich.

Berlin (epd). Die **Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK)** hat einen Beitrag im Programm der Nachrichtensendung „**RTL II News**“ beanstandet. In der Sendung am 8. Januar sei ein fiktionales Statement einer Schauspielerin des

Scripted-Reality-Formats „**Köln 50667**“ ohne den Hinweis ausgestrahlt worden, dass das Interview von einer fiktionalen Figur stamme. Darin sah die ZAK einen Verstoß gegen das Gebot der Sachlichkeit. Bei dem Beitrag verschwimme die Grenze zwischen Fiktion und Wirklichkeit, sagte der ZAK-Beauftragte für Programm und Werbung, **Thomas Fuchs**. Solch ein Verstoß in einer Nachrichtensendung sei eine nicht tolerable Grenzüberschreitung.

Berlin (epd). Der **Rundfunkrat des RBB** hat die ständigen Ausschüsse für Programmsowie Haushalt und Finanzen neu besetzt. Mitglieder des **Programmausschusses** sind nun **Regine Auster**, **Marianne Ballé Moudombou**, **Jutta Brückner**, **Andreas Kaczynski**, **Friederike von Kirchbach**, **Hubert Kolland**, **André Nogosse**, **Bettina Panser**, **Dieter Pienkny**, **Barbara Richstein**, **Tuvia Schlesinger**, **Alice Ströver**, **Markus Weber** und **Babette Zenker**. Der Personalrat des RBB entsendet **Clarissa Schäfer** als nicht stimmberechtigtes Mitglied. Dem neu gewählten **Haushalts- und Finanzausschuss** gehören an: **Klaus Böger**, **Christian Goiny**, **Wolf-Harald Krüger**, **Heinz-Egon Müller**, **Klaus Nesse**, **Wolfgang Scherfke**, **Karl-Heinz Schröter** und **Klaus-Dieter Reufel**. **Gudrun Reufels** wird vom Personalrat entsandt. In dem ARD-Programmbeirat entsendet der Rundfunkrat **Markus Weber**. Er war bislang Stellvertreter von **Dieter Pienkny** und löst diesen nun ab. Ihn vertritt **Regine Auster**.

Bonn/München (epd). Nach fast anderthalbjähriger Vakanz bekommt die Journalistenschule der katholischen Kirche einen neuen Journalistischen Direktor. **Bernhard Remmers** (54) trete sein Amt voraussichtlich zum 1. Juni dieses Jahres an, teilte die Deutsche Bischofskonferenz mit. **Remmers'** Vorgängerin **Elvira Steppacher** hatte Ende 2011 ihr Amt nach rund neun Jahren zur Verfügung gestellt. Die Doppelspitze

des **Instituts zur Förderung publizistischen Nachwuchses** (ifp) ist mit Remmers wieder komplett: Er führt die Schule künftig an der Seite des Geistlichen Direktors Wolfgang Sauer. Remmers arbeitete zuletzt als selbstständiger Journalist und Medienberater. Zuvor war er beim Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag und als Chefredakteur der Verlagsgruppe Bistumspressen in Osnabrück tätig. Remmers ist Vorstandsmitglied in der Gesellschaft Katholischer Publizisten Deutschland. Träger des ifp ist die katholische Kirche. Die Journalistenschule wurde 1968 im Auftrag der katholischen Bischöfe gegründet und bildet Journalisten für alle Medien aus.

Bielefeld (epd). Neuer Direktor des **Evangelischen Presseverbandes für Westfalen und Lippe** wird der Hagener Superintendent **Bernd Becker**. Der 44-jährige Theologe wird Nachfolger von **Wolfgang Riewe**, der im Juli in den Ruhestand geht (epd 8/13), wie das Landeskirchenamt in Bielefeld mitteilte. Der Presseverband mit Sitz in Bielefeld ist verantwortlich für die evangelische Wochenzeitung „Unsere Kirche“ für Westfalen und Lippe mit einer Auflage von 50.000 Exemplaren. Vorstandsvorsitzende ist die westfälische Präses **Annette Kurschus Becker**. Becker ist seit 2007 Superintendent des Kirchenkreises Hagen.

Esslingen/Stuttgart (epd). Der langjährige Chefredakteur des **Evangelischen Pressedienstes** (epd) Württemberg, **Hans Heinz Pollack**, ist tot. Er starb am 17. April im Alter von 90 Jahren in Esslingen nach kurzer Krankheit, wie seine Familie mitteilte. Der Journalist und Buchautor stammte aus Hall (Tirol) und war promovierter Germanist. 1961 wurde er in Stuttgart Chefredakteur der damals im Aufbau befindlichen Nachrichtenagentur epd-Württemberg, heute epd-Südwest.

Er leitete 27 Jahre lang bis zu seinem Ruhestand 1988 die Redaktion. Pollack veröffentlichte 1983 das Sach- und Praxislehrbuch „Schreib mal Zeitung“, 1990 erschien sein autobiografischer Tatsachenbericht „Verschleppt und verschollen“. Darin schilderte er seine Erlebnisse als junger Soldat, der 1945 aus Ostpreußen verschleppt wurde und zwei Jahre unter unmenschlichen Bedingungen in russischen Arbeitslagern verbrachte.

Stuttgart (epd). Der **SWR** will ab Ende April eine App für seine **Mediathek** anbieten. Dann könnten die Audios und Videos über die SWR-Mediathek-App auf Smartphones und Tablets noch leichter genutzt werden, kündigte Intendant **Peter Boudgoust** an. Die App biete den Nutzern einen leichten und barrierefreien Einstieg in das Angebot des SWR. Die SWR-Mediathek ist nach Angaben des Senders das Online-Angebot des SWR mit den stärksten Zuwachsraten. Bereits im April 2012 sei eine mobile Mediathek veröffentlicht worden. Die App werde für iPhones und Smartphones mit Android und anderen Betriebssystemen angeboten.

Bremen/Berlin (epd). Vier Journalisten erhalten in diesem Jahr den **Medienpreis des Deutschen Roten Kreuzes** (DRK). Ausgezeichnet werden Volker ter Haseborg und Hanna-Lotte Mikuteit für eine Reportage im „**Hamburger Abendblatt**“ über Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen. Die Journalistin **Karla Krause** erhält die Auszeichnung für einen Beitrag im Hörfunk von **HR** und **WDR** über ein während der Schwangerschaft verstorbenes Kind. **Andreas Kuno Richter** wird für eine **RTL**-Reportage über Rechtsradikalismus und Gewalt ausgezeichnet. Die Beiträge porträtieren Menschen in unvorhergesehenen Lebenssituationen, die ums Überleben und um Anerkennung kämpften.

Die Auszeichnung ist mit insgesamt 10.000 Euro dotiert und wird am 13. Mai in Bremen verliehen.

Berlin/Köln (epd). Die politische Rap-Castingshow „**raputation-casting.tv**“ hat am 17. April den europäischen **Civis Online Medienpreis 2013** erhalten. Preisträgerinnen sind die für den Netzauftritt verantwortliche Projektleiterin **Anna Mauersberger** und die Geschäftsführerin der UFA Film & TV Produktion, **Susanne Stürmer**, wie die Civis Medienstiftung mitteilte. Das Internetangebot „www.raputation-casting.tv“ wolle politikverdrossene bildungsferne Jugendliche an politische Themen heranführen und sie am gesellschaftlichen Diskurs beteiligen. Deutschlands erste „Online-Rap-Castingshow“ thematisiere jugendliche Ängste und Frustrationen unter Einsatz kreativer Social-Media-Elemente und sozialkritischen Raps. Die Auszeichnung ist mit 3.000 Euro dotiert. Der CIVIS Medienpreis wird von der ARD, vertreten durch den WDR, gemeinsam mit der Freudenberg-Stiftung ausgeschrieben.

Remagen (epd). Der Journalist **Klaus Otto Skibowski** ist tot. Wie der Verlag Rommerskirchen mitteilte, starb er am 22. April im Alter von 88 Jahren in Sankt Augustin bei Bonn. Skibowski begann 1946 als Journalist beim NWDR in Hamburg. Später war er Chef vom Dienst der Katholischen Nachrichten-Agentur, zu deren Gründungsredaktion er in Bonn gehörte, später Chefredakteur in Berlin. Für seine Verdienste um die deutsch-polnischen Beziehungen wurde er mit dem polnischen Verdienstorden und mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Ab 1947 betreute er die Pressearbeit für den späteren Bundeskanzler Konrad Adenauer, für den er bis er zu dessen Tod tätig war.

■ INTERNATIONALES

Europäisches Gericht bestätigt Verbot politischer Werbung

Straßburger Richter weisen Klage von britischer Tierschutzorganisation ab

Straßburg (epd). Verbote politischer Rundfunkwerbung verstoßen nicht gegen die Meinungsfreiheit. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg wies am 22. April eine Klage der britischen Tierschutzorganisation „Animal Defenders International“ gegen das in Großbritannien geltende Verbot politischer Werbung in Radio und Fernsehen endgültig ab. (AZ: 48876/08)

Die Tierschützer hatten 2005 eine Kampagne („My Mate's a Primate“) gegen die Haltung von Affen in Zoos und Zirkussen sowie gegen deren Ausbeutung in Fernsehwerbespots gestartet. Zur Kampagne gehörte auch ein Fernsehspot, der erst ein angekettetes Mädchen in einem Tierkäfig und schließlich einen Schimpansen in derselben Position zeigte.

Das Werbeselbstkontrollgremium „Broadcasting Advertising Clearance Center“ wertete die Tierschutzvereinigung jedoch als „politische Organisation“. Damit dürfe sie nach den gesetzlichen Bestimmungen keine bezahlten Werbespots im Fernsehen oder Radio ausstrahlen, urteilte das Gremium.

Mit einer knappen Mehrheit von neun zu acht Stimmen hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte dieses Verbot nun bestätigt. Großbritannien habe das Verbot von politischer Werbung erlassen, damit finanziell starke politische Gruppierungen über Werbespots keinen unzulässigen und zu großen Einfluss über Fernsehen und Radio ausüben. Das Verbot solle letztlich eine vielfältige öffentliche Debatte erleichtern, allerdings eben ohne die Einflussnahme von bezahlter politischer Werbung.

Die Straßburger Richter stellten klar, dass es in den europäischen Staaten keinen Konsens gebe, wie mit politischer Werbung im Rundfunk umzugehen sei. Daher habe Großbritannien einen weiten gesetzlichen Gestaltungsspielraum. Das Recht der Tierschutzorganisation auf freie Meinungsäußerung werde nicht unzulässig beschnitten. Die Tierschutzorganisation könne den Werbespot im Internet verbreiten. Außerdem könne sie ihre Ziele in Zeitungen, bei Fernsehdiskussionen, bei Demonstrationen oder mit Flugblättern kundtun. fle

Slowakei: Besitzerwechsel bei Presseunternehmen Ecopress

Investor Babis übernimmt Verlag von tschechischer Firma Economia

Bratislava/Prag (epd). Die führende slowakische Wirtschaftstageszeitung „Hospodarske noviny“ („Wirtschaftsnachrichten“) hat einen neuen Besitzer. Wie am 12. April mitgeteilt wurde, verkaufte das tschechische Medienunternehmen Economia seine slowakische Tochtergesellschaft Ecopress für einen nicht genannten Preis an das tschechische Unternehmen Agrofert Holdings. Es gehört Andrej Babis, einem tschechischen Unternehmer slowakischer Herkunft. Der Verlag in Bratislava gibt neben „Hospodarske noviny“ auch Zeitschriften heraus. „Hospodarske noviny“ hatte im Februar 2013 eine Auflage von 18.000 Exemplaren und gehörte damit zu den führenden Qualitätszeitungen der Slowakei.

Der neue Eigentümer Babis bezeichnete die Wirtschaftszeitung „als sehr kompetenten und glaubwürdigen Titel auf dem slowakischen Medienmarkt“. Deshalb sei er froh, dass es ihm gelungen sei, den Verlag Ecopress zu kaufen. Milan Mokran, der Generaldirektor von Ecopress, wertete die Übernahme durch Babis „als Zeichen des Vertrauens in die langfristige Entwicklung des Verlags und die Stärkung unserer Position auf dem heimischen Medienmarkt“.

Das 1990 gegründete Medienunternehmen Economia, das sich nun von Ecopress getrennt hat, befindet sich seit 2008 im Besitz des tschechischen Unternehmers und Investmentbankers Zdenek Bakala, der nach „Forbes“ über ein Vermögen von 1,5 Milliarden Dollar verfügt und damit drittreichster Tscheche ist. Economia gibt die gleichnamige tschechische Wirtschaftstageszeitung „Hospodarske noviny“ (Auflage: 45.000 Stück) und Zeitschriften wie „Ekonom“, „Respekt“, „Bel Mondo“ und „Marketing & Media“ heraus. Von 1994 bis 2008 gehörte Economia mit Ecopress mehrheitlich zur deutschen Verlagsgruppe Handelsblatt.

Nach Angaben von Economia-Chef Bakala besteht das langfristige Ziel seines Unternehmens in der „Schaffung eines modern organisierten Medienhauses in der Tschechischen Republik“. Der Verkauf der slowakischen Ecopress sei Teil dieser Umstrukturierung.

Der 58-jährige Ökonom und Außenhandelsexperte Andrej Babis ist nach „Forbes“ mit einem Vermögen von zwei Milliarden US-Dollar der zweitreichste Unternehmer Tschechiens. Im Mittelpunkt seiner Tätigkeit steht das 1993 gegründete Unternehmen Agrofert mit 250 Tochtergesellschaften und 28.000 Mitarbeitern in

Tschechien, Ungarn, Deutschland, der Slowakei und den Niederlanden. 2012 betrug der Umsatz der Agrofert-Gruppe 7,78 Milliarden Euro. Dazu gehören vor allem Chemiebetriebe, aber auch zahlreiche Unternehmen der Lebensmittel- und Agrarindustrie.

Seit März 2012 gibt die Babis-Firma AGF Media in Tschechien die Gratis-Wochenzeitung „5+2 dny“ („5+2 Tage“) heraus. Im Herbst 2011 gründete Babis die Bewegung „ANO 2011“ („Bewegung der beunruhigten Bürger 2011“), die im Mai 2012 als „politische Bewegung“ registriert wurde und mit der er in Tschechien im Frühjahr 2014 bei den Parlamentswahlen antreten will. Zu seinen erklärten politischen Zielen gehören „eine gerechte Gesellschaft“ und der Kampf gegen die Korruption. ebe

Polen: Burda übernimmt Geschäft von Gruner + Jahr

Medienhaus mit über 30 Zeitschriften entsteht – Marktführerschaft bei Luxustiteln

Warschau/München (epd). Der Medienkonzern Hubert Burda übernimmt alle Aktivitäten von Gruner + Jahr in Polen. Dadurch entsteht ein Medienhaus mit über 30 Zeitschriften, mehr als 20 digitalen Medienangeboten, etablierten Events und einem Buchgeschäft, teilte Burda am 17. April mit. Zum Kaufpreis wurden keine Angaben gemacht.

Die Leitung des Unternehmens liegt künftig bei Magdalena Malicka (vormals Gruner + Jahr) und Justyna Namita (Burda Polen). Zum bestehenden Portfolio von Burda mit Titeln wie „Elle“, „Elle Deco“ oder „Instyle“ kommen nun zwölf Zeitschriften von Gruner + Jahr in Polen, darunter „Glamour“, „National Geographic“ und „Gala“. Mit 23 Prozent Leserreichweite werde Burda der zweitgrößte polnische Zeitschriftenverlag, teilte das Unternehmen mit. Im Segment der internationalen Lifestyle- und Luxuszeitschriften werde man Marktführer.

Fabrizio D'Angelo, Geschäftsführer von Burda International, erklärte, für Burda sei die so geschaffene Position in Polen eine „ausgezeichnete Basis, das Zeitschriftenkerngeschäft auszubauen“. Dadurch entstünden beste Bedingungen für weitere digitale Investitionen. Burda könne nun die Wachstumschancen im dynamischen wirtschaftlichen Umfeld Polens optimal nutzen. Die Übernahme steht unter dem Vorbehalt der kartellrechtlichen Zustimmung. Eine Entscheidung ist den Angaben zufolge bis Juli dieses Jahres zu erwarten.

Die Burda International GmbH ist in 17 Märkten aktiv und publiziert derzeit über 230 Magazine sowie zahlreiche digitale Medienprodukte. Burda International sieht sich als Marktführer in Zentral- und Osteuropa und hat auch in Asien ein Portfolio mit Schwerpunkt auf dem Luxussegment aufgebaut. Derzeit weitet Burda die Aktivitäten in beiden Regionen aus. Burda International beschäftigt 2.400 Mitarbeiter. rid

Freihandelsabkommen alarmiert Rundfunkräte und Produzenten

Hieronymi: Kultur und Medien nicht reinem Wirtschaftsrecht unterwerfen

Köln/Berlin (epd). Die Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und den USA alarmieren den WDR-Rundfunkrat und die Allianz Deutscher Film- und Fernseh-Produzenten. Den im März vorgelegten Mandatsvorschlag der EU zur „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP) „haben wir mit großem Entsetzen zur Kenntnis genommen“, sagte Ruth Hieronymi (CDU), die Vorsitzende des Rundfunkrats, bei einer öffentlichen Sitzung am 19. April in Köln. Für Kultur und Medien würde demnach im internationalen Handel keine Ausnahmeregel mehr gelten, wie dies bisher immer in Abkommen etwa mit der Welthandelsorganisation WTO durchgesetzt worden sei. In dem Mandatsvorschlag sei bisher eine solche Ausnahmeregel nur für die Landwirtschaft vorgesehen.

Sollten Kultur und Medien dem reinen Wirtschaftsrecht unterworfen werden, würde dies die rechtliche Sicherung des Rundfunks in Zukunft unmöglich machen, erklärte Hieronymi. „Kultur ist eben keine Handelsware“, hieß es in einer kurzfristig formulierten Entschliebung, die der Rundfunkrat „dem Tenor nach“ einstimmig verabschiedete. Darin fordert der WDR-Rundfunkrat die kultur- und medienpolitischen Verantwortlichen auf, sich vehement für den Erhalt einer Ausnahmeregelung für Kultur und Audiovisuelles einzusetzen „und damit die Vielfalt der europäischen Kultur zu bewahren“.

Für unverzichtbar hält eine solche Ausnahmeregel auch die Allianz Deutscher Produzenten, die mehr als 200 Unternehmen vertritt. „Dass die europäische Filmindustrie im Gegensatz zur amerikanischen Förderung braucht und bekommt, verzerrt nicht den Wettbewerb, sondern macht ihn erst möglich. Ohne Förderung, ohne ‚kulturelle Ausnahme‘ gäbe es den europäischen Film nämlich gar nicht mehr, keine Oscar-Gewinner wie ‚Liebe‘ oder europäische Blockbuster wie ‚Ziemlich beste Freunde‘“,

sagte der Vorstands-Vorsitzende Alexander Thies. Ohne die Ausnahme seien Quotenregelungen nicht zulässig, und Subventionen müssten beiden Parteien offenstehen oder keiner. „Das ist für den Handel zum Beispiel mit Automobilen oder Finanzdienstleistungen absolut richtig, nicht aber im Bereich Kultur“, heißt es in der Erklärung.

Hoffnung macht den Kritikern, dass ein solches Abkommen innerhalb der EU Einstimmigkeit erfordert, also von allen Mitgliedsstaaten ratifiziert werden und auch im Europäischen Parlament eine Mehrheit finden muss. Zuletzt hatte das Europäische Parlament das ACTA-

Abkommen im Juli 2012 gestoppt. Der vorliegende EU-Vorschlag zum TTIP-Abkommen stoße auch in anderen Ländern auf Ablehnung, sagte WDR-Justiziarin Eva-Maria Michel bei der WDR-Rundfunkratssitzung. Frankreich, Italien, Ungarn und voraussichtlich Österreich wollten dem Abkommen wegen der fehlenden Ausnahmeregel für Kultur und Audiovisuelles nicht zustimmen. In Deutschland sei mit dem federführenden Bundeswirtschaftsministerium ein Fachgespräch vereinbart worden. Am 14. Juni will der EU-Wirtschaftsministerrat über die europäische Verhandlungsposition für ein transatlantisches Freihandelsabkommen entscheiden. *tgr*

■ KURZ & KNAPP

London (epd). **James Harding** wird ab August neuer Direktor der Abteilung „**BBC News and Current Affairs**“. Wie die BBC am 16. April mitteilte, wird Harding den Posten von **Helen Boaden** übernehmen, die seit Anfang April Direktorin von BBC Radio ist. In seiner Funktion wird Harding Mitglied der Geschäftsleitung sowie des Verwaltungsrats der BBC und hat die Programmleitung seiner Abteilung mit rund 8.000 Mitarbeitern inne. Von 2007 bis 2012 war Harding Chefredakteur der britischen Tageszeitung „Times“ und hatte zuvor unter anderem für die „Financial Times“ gearbeitet. Als künftiger News-Direktor erhält Harding jährlich Bezüge in Höhe von umgerechnet rund 400.000 Euro.

Luxemburg (epd). **Bertelsmann** will mit dem Verkauf von Aktien der **RTL Group** bis zu 1,58 Milliarden Euro einnehmen. Die Preisspanne für die bis zu 25,5 Millionen zum Verkauf stehenden Aktien liege zwischen 54 und 62 Euro, teilte die RTL Group am 17. April mit. Die Aktien werden seit dem 18. April angeboten, die Frist endet am 29. April. Ab dem 30. April sollen sie im Prime Standard an der **Frankfurter**

Börse gehandelt werden, zusätzlich zu den bestehenden Notierungen an der Börse in Luxemburg und an der Euronext Brüssel. Bertelsmann will mindestens 75 Prozent an der RTL Group behalten, zurzeit hält der Konzern 92,3 Prozent der Anteile. Die Mittel aus dem Verkauf sollten verwendet werden, um das Bertelsmann-Kerngeschäft zu stärken und die digitale Transformation voranzubringen (epd 6, 14/13).

Cannes (epd). Der ZDF-Dreiteiler „**Unsere Mütter unsere Väter**“ ist in die USA verkauft worden. Wie der Koproduzent Beta Film bei der Fernsehmesse **MipTV** in Cannes mitteilte, plant der US-Verleih Music Box, den Dreiteiler zunächst in einigen großen US-amerikanischen Städten im Kino zu zeigen, bevor er auch im Fernsehen und als Video-on-Demand im Internet zu sehen sein soll. Die Serie wurde unter dem Titel „Generation War“ auch nach Großbritannien, Australien, Schweden und in die Niederlande verkauft. Die **Miniserie**, die im März im ZDF gezeigt wurde, erreichte in Deutschland mehr als sieben Millionen Zuschauer. In dem Dreiteiler wird die Geschichte von fünf jungen Menschen erzählt, die Anfang der 40er Jahre den Zweiten Weltkrieg in Deutschland erleben.

Zürich (epd). **Mark Dekan** (36) ist neuer Chief Executive Officer der **Ringier Alex Springer Media AG**. Dekan war seit 2010 Chief Financial Officer des Joint Ventures der Schweizer Ringier AG und der deutschen Axel Springer AG; diese Funktion behalte er bei, teilte der Verlag mit. Als CEO folgt Dekan auf **Florian Fels** (45), der CEO Publishing der Ringier AG wird und damit das Kerngeschäft des Schweizer Medienunternehmens verantwortet. Die Konzernleitung der Ringier Axel Springer Media AG besteht künftig aus zwei Mitgliedern, Mark Dekan als CEO/CFO und Chief Digital Officer Patrick Boos.

München (epd). Der TV-Konzern **ProSiebenSat.1** hat den Verkauf seiner nordeuropäischen TV- und Radio-Aktivitäten an **Discovery Communications** vollzogen, nachdem die kartellrechtlichen Genehmigungen erfolgt sind. Im Dezember 2012 hatte das Unternehmen einen entsprechenden Vertrag für den Verkauf seiner Geschäftsaktivitäten in Norwegen, Schweden, Finnland und Dänemark unterzeichnet (epd 51-52/12). Der Transaktion lag ein Unternehmenswert des Geschäftsbereichs von 1,33 Milliarden Euro zugrunde.

■ KRITIK

Herzerfrischend

„Familie Sonntag auf Abwegen“, Regie: Ulli Baumann, Buch: Kirsten Peters, Kamera: Thomas Antoszczyk, Produktion: Olga Film (ZDF, 18.4.13, 20.15–21.45 Uhr)

epd Eigentlich sollte nach Papa Franz' Vorstellungen die Familienwelt in Ordnung sein: bewährte Ehe, drei wohlgeratene und beruflich erfolgreiche Kinder, wohlverdienter Ruhestand im gemütlichen Münchner Familienhaus am See.

Doch gleich die ersten Szenen zeigen in flottem Tempo, dass nichts so ist, wie das Familienidyll suggeriert: Mutter Bärbel (Gisela Schneeberger) will sich endlich den Traum vom romantischen Haus auf Mallorca erfüllen, wo sie mit Franz (Friedrich von Thun) neu starten will, da die Kinder nun aus dem Haus sind – von dieser Idee ahnt Franz allerdings nichts. Die begabte Tochter Mona (Anna Maria Sturm) mit diversen internationalen Abschlüssen sitzt an einer Supermarktkasse. Sohn Robert (Sebastian Bezzel) kriegt als Architekt nach hoffnungsvollem Start mit Nachwuchspreisen keine Aufträge und fühlt sich zum Hausmann degradiert, während seine Frau Lorena als Stararchitektin das Geld verdient. Karo (Christiane Paul), die coole Managerin und das Erfolgskind der Familie, wird nicht – wie erwartet – befördert, sondern kalt gefeuert. Aber auch Franz selbst macht den anderen was vor: Nachdem er das Autohaus verkauft hat, das er 40 Jahre lang als Inhaber führte, kann er nicht loslassen und kommt mit der Muße des Ruhestands nicht klar.

Klassisch bahnt sich die Katastrophe auf Muttis Geburtstag an. Franz hat Mona an der Supermarktkasse erwischt, Mutti für das Malle-Traumhaus hinter Papas Rücken einen Vertrag unterschrieben – der fällt aus allen Wolken. Robert verkracht sich mit seiner Frau, Karo landet mit einem Nervenzusammenbruch in der Klinik, nachdem sie vergeblich alle „Kontakte“ wegen neuer Jobs abtelefoniert hat. Nach und nach trudeln alle Kinder im Elternhaus ein, lecken ihre Wunden und wetteifern darum, wer von ihnen der größte Loser ist. Die Mutter ist genervt: eigentlich will sie nach ihrem Hausfrau- und Mutterdasein das Haus verkaufen und endlich ihre eigenen Bedürfnisse leben. Franz meint wieder mal, die Zügel für alle in die Hand nehmen zu müssen. Natürlich geht das in die Hose: Die Sprösslinge und Mutter Bärbel rebellieren und Franz versteht die Welt nicht mehr, die doch so lang für ihn in Ordnung war.

Es geht um Missverständnisse, die in vermeintlich heilen Familien schwelen, um das Nichtwissen voneinander

und die daraus resultierenden falschen Erwartungen, die sich an Entwürfen, Plänen und Zielen orientieren, nicht aber an den Persönlichkeiten, den Wünschen, Talenten und Bedürfnissen. Wie wenig Eltern und Kinder, Eheleute, Geschwister voneinander wissen! Dass man aus diesem ernsthaften und realistischen Stoff jenseits aller Tragik einen köstlichen, saukomischen und jede Sekunde unterhaltsamen Film machen kann, zeigen Autorin, Regisseur und ein großartiges Ensemblespiel.

Wunderbar, wie die fünf Hauptdarsteller ihre Figuren und deren Fallhöhen zeichnen, wie alle falsche Vorstellungen voneinander haben: der sensible, frustrierte Robert, der an seinen kompromisslosen Architektur-Ambitionen scheitert und ständig Kuchen bäckt – warum ist er kein „richtiger“, sprich geschäftstüchtiger Mann, fragt sich Papa Franz, und Bärbel fragt sich, ob er schwul ist, weil er keine Kinder hat und sie sich als Erstling eine Tochter gewünscht hatte. Anna Maria Sturm als mädchenhafte Mona, deren Leidenschaft eigentlich die Gärtnerei ist, die aber – widerwillig den Fußstapfen ihrer so erfolgreichen Schwester folgend – ihrem Vater zuliebe tapfer an renommierten Auslandsunis studierte. Verloren sagt sie bei Bewerbungsgesprächen ihre bravourösen Sprachkenntnisse und Abschlüsse auf und wirkt dabei wie ein sozialer Autist. Dabei hasst sie einfach nur BWL. Ist sie lesbisch, fragt sich die Mutter, weil Mona noch nie einen Freund mitgebracht? Die Tochter reagiert ihren Frust bei Ballerspielen ab und blüht erst auf, als sie gärtnern kann und sich endlich verliebt.

Christiane Paul als Karo zeigt eindrucksvoll den Wandel von der toughen Geschäftsfrau über die Tochter, die auf den Erfolgsdruck erst mit Zusammenbruch und trockener Apathie reagiert, um sich schließlich als arbeitslose werdende Mutter ohne dazugehörigen Erzeuger wiederzufinden, die nun äußerst lebendig gegen die Erwartungen ihres Vaters rebelliert.

Herzerfrischend ist Gisela Schneeberger, die als Mutter ihr Recht auf ein eigenes Leben energisch einfordert – und sich auch von ihren Mallorca-Illusionen verabschiedet, denn die Dirndl-Dichte ist dort offenbar ebenso hoch wie in Bayern, weshalb sich Auswandern nicht lohnt. Stattdessen lässt sie sich auf die Herausforderung eines Jobs ein. Und auch der nun plötzlich vereinsamte Familienpatriarch Franz muss einiges begreifen. In diesem Film hat Friedrich von Thun endlich mehr zu spielen als nur das knuffige Bärchen (auch wenn er immer wieder gern in dieses Rollenklischee verfällt). Herrlich, wie er grimmig und hilflos mit dem Rasenmäher über den Rasen hirscht, auf der Suche nach Betätigung, und damit seinen erwachsenen Kindern auf die Nerven geht, wie Mutter Bärbel wiederum mit dem Staubsauger nervt.

Die Beziehungen aller untereinander – eingefahrene Ehe, Generationenkonflikte, Geschwisterrivalitäten – sind ebenso realitätsnah wie die Zeichnung vergangener und heutiger Arbeits-, Geschlechter- und Rollenmodelle. Wie man arbeitet, wo man arbeitet, dass man trotz aller Begabung und Qualifikation durchaus arbeitslos werden kann – dass sich die moderne Arbeitswelt so sehr verändert hat, stößt auf das Unverständnis der älteren Generation, die nur jahrzehntelange Wirtschaftswunder-Geradlinigkeit kannte.

Diese Mischung aus Erdung und Übertreibung ist mit großem Witz, temperamentvoll und pointiert inszeniert, mit überraschenden szenischen Einfällen, einem klugen Buch und herrlich lakonischen Dialogen voller Lebensweisheit. Franz zu Bärbel: „Keines unserer Kinder ist so geworden, wie wir das gedacht haben.“ – Sie: „Ich weiß. Ist das nicht toll?“
Ulrike Steglich

Spiel mit Krimi-Klischees

„Mörderische Jagd“, Regie: Markus Imboden, Buch: Holger Karsten Schmidt, Kamera: Peter von Haller, Produktion: Aspekt Telefilm (ZDF, 15.4.13, 20.15–21.45 Uhr)

epd Leichen pflastern seinen Weg, die eine oder andere steht auch wieder auf. Bomben explodieren, Blut spritzt, Autos werden zerschrammt, Reifen zerstoehen, Knarren sitzen locker, Kirchen werden entweiht, es wird verfolgt wie irre, Kinder werden entführt. Jeder ist der Feind, es wird gelogen, getrickst, gelabert, gebetet, zitiert. Der Weg des Privatdetektivs Finn Zehender ist krumm, voller Schlaglöcher, ein Zickzackkurs. Der Finn ist eine Mischung aus tumbem Tor, Pfiffikus, Naivling, Sprücheklopfer, Versager, Spätzünder. Hinnerk Schönemann spielt diesen Finn. Mit Hingabe. Mit fast immer gleicher stoischer Miene. Und manchmal so, dass man denkt, er läuft (nicht nur als Figur) den Dingen ein wenig hinterher.

Denn dieses Tempo durchzuhalten ist schon wirklich mörderisch. Und ist die Figur des Jürgen Simmel in der ZDF-Reihe „Marie Brand“ nicht ähnlich konzipiert? Oder gibt es in dieser vierten Folge schon Abnutzungserscheinungen? Es türmt sich ein Gag auf den anderen, ein irres Ding folgt dem nächsten, alle Figuren wirbeln wie besessen in der Gegend herum, echte Ruhe gibt es nur auf einem Tret-Hausboot. Es wird zitiert hoch und runter: Dichter, Philosophen, die Bibel, Kultfilme. Und doch ist alles nur in Maßen wirklich lustig, skurril, witzig oder – neudeutsch – abgefahren.

Der Finn („sicher, diskret, preiswert“) kriegt einen Anruf von seiner Liebsten, der Staatsanwältin Agnes (Katja Danowski), er soll die Kinder des Schweizer Bankers Urs Jaeger (Stefan Bürgi) beschützen. Der hat eine Liste mit Steuerflüchtlingsen, die der spanische Mafia-Clan Vargas und der BND haben wollen. Kaum in einem Haus am See angekommen, wo Jaeger sich aufhält, explodiert eine Bombe, die Jaeger schwer verletzt, aber Finn entkommt mit den Kindern Mathilda (Joana Ferkic), die schwer in Gothic macht und ihrem Bruder Moritz (Dennis Chmelensky). Die Teenager sind supercool, ihnen ist alles „fuckegal“. Da kann man Finn schon verstehen, wenn er sagt, er mag keine Kinder.

Finn bringt sie aufs Hausboot seines Freundes Gerd (Thomas Thieme). Er ist ein ehemaliger Polizist, der per Kopfschuss „schon mal bei den Toten war“ und jetzt nicht mehr so ganz momentan ist und gern John Donne und Hemingway zitiert: „No man is an island...“ Im Zentrum der fiesen Gewaltakte das Gauner-Duo Maier und Bommer (Roland Wiesnecker und Hans Uwe Bauer): schwarze Anzüge, weiße Hemden, Sonnenbrillen, Knarren. Der Maier zitiert unentwegt die Bibel, vergisst dabei aber nicht, schnell mal um sich rumzumorden. Auf einer kleinen Polizeistation erschießen sie nebenbei einen Polizisten und eine Polizistin. So richtig lustig war das nicht.

Bevor er ins Koma fiel, murmelte der Herr Jaeger noch was vom Bildnis des Heiligen Martin. Da hatte er die Liste mit den Steuersündern versteckt. Die findet sich dann auf einem Grabstein direkt neben einem kleinen Kirchlein, fällt aber den Gangstern in die Hände. Macht nix. Finn, der die Liste einmal gesehen hatte, kann mit seinem fotografischen Gedächtnis die 50 Namen darauf aus dem Kopf diktieren. Alles gerät noch einmal gründlich durcheinander, aber am Ende, Finn und Gerd sind mit den Kindern auf dem Hausboot am See, Mathilda ist nicht mehr gothic und Moritz auch halbwegs vernünftig, kommt Agnes mit Papa Jaeger, der lebendig an Krücken humpelt. Da freuen sich alle. Und Agnes sagt: „Finnlein, kommst du?“

Das Team Markus Imboden, Holger Karsten Schmidt und Peter von Haller kann man nur bewundern, dass sie bei dieser Turbulenz der Ereignisse die Übersicht behielten. Oder vielleicht auch nicht. Denn der Witz daran ist ja nicht, dass sich alles unbedingt logisch fügt, sondern dass jede Pointe sitzen muss, egal wie. Und die sind manchmal zu krampfzig. Oder zu bekannt, wie die Gangster-Parodie von Roland Wiesnecker und Hans Uwe Bauer. Beide machen das sehr gut, sehr diszipliniert und ernsthaft, aber man hat es zu oft gesehen. Ein Witz eher am Rande war der beste: Finn, im Krankenhaus getarnt mit OP-Kittel, schiebt ein Bett, darauf eine Frau, die sich die Brüste richten lassen will. Finn hebt kurz

das Laken hoch, sieht ihre Brüste an und sagt: „Lassen Sie sich lieber ihren Mann wegmachen.“ Das war schön böse, während viele andere Gags und Späße einen zwar grinsen ließen, aber nicht wirklich zum Lachen reizten.

Ein lustvolles Spiel mit Krimi-Klischees, ein weiterer Versuch, das Genre aufzubrechen, damit zu spielen. Amüsant, aber nicht viel mehr. Der einzig wirklich gelungene Versuch in dieser Richtung ist der ARD-Eifel-Krimi „Mord mit Aussicht“. *Renate Stinn*

Out of Schwabing

„Im Schleudergang“, Regie: Paul Harather, Buch: Peter Bradatsch, Kamera: Andy Löw, Max Knauer, Produktion: Infafilm (BR, seit 5.4.13, jeweils freitags, 22.00–22.30 Uhr)

epd Noch heute zehrt der Münchner Stadtteil Schwabing von seinen großen Zeiten um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert und in den 1960er Jahren. Fast hat er sich dabei selbst aufgezehrt. Arg hat er darunter gelitten, dass er in jedem Reiseführer als Partyzone empfohlen wird und alle Besucher nach dem besonderen Duft schnupfern, der sich längst verzogen hat. Da braucht es schon den österreichischen Regie-Immigranten Paul Harather, um in der sechsteiligen BR-Serie „Im Schleudergang“ ein Schwabing ins Bild zu setzen, das endlich wieder der Wirklichkeit nahekommt. Ein Schwabing, das den eigenen Namen nicht auf einem Hinweisschild vor sich herträgt. Keine Schwabing-Atmo, nirgends: welch herrliche Erholung!

Der Blick auf die Rückseite eines viel zu viel zitierten Viertels ist freilich schon im Buch von Peter Bradatsch angelegt: „Im Schleudergang“ erzählt von einem kleinen Textilreinigungsgeschäft und dessen Inhaberin, der Christa Bachmeier. Mit ihr rückt ein Münchner Typus ins Zentrum, der meist ein Nebenrollendasein fristet, obwohl er das Stadtbild prägt wie nur wenige andere: die Münchner Geschäftsfrau. Schon in Franz Xaver Bogner's Serie „München 7“ trat sie mit den Marktfrauen Moni und Elfi in den Vordergrund, doch Bradatsch will's weniger idyllisch: Christa sehnt sich nicht nach einem Mann, sondern eher nach dem „man“ der guten Münchner Gesellschaft; namentlich nach Aufnahme in die Kreise der Frau Dürkheim, die schon den Dalai Lama kennengelernt hat und kommende Woche zum Papst nach Rom fährt.

Ihre Tochter Sieglinde aka „Schneckerl“, gerade frisch therapiert, hält Christa mit ihrer aufopfernden und aufmunternden Liebe – „Wirst stolz sein auf dich. Ich bin's jetzt schon!“ – in Schach, und jeden Montagnach-

mittag trifft sie sich mit dem Friseur Freddy Biber zum Schäferstündchen und postkoitalen Kaffee aus der Thermoskanne, dazu Nussbeugerl aus der Tuppereschachtel. Nur wissen darf davon keiner: Von der Gabi ist der Freddy schließlich erst fünf Jahre geschieden, und die Geschichte ist derart „ineinander verwurschtelt“, dass er zwar noch in jeder Folge mannhaft beschließt, der Gabi endlich die Wahrheit über die Christa und ihn zu sagen – aber es nie tun wird.

Dass die Christa Bachmeier mit diesem stets ein wenig zu verzerrten Lächeln, das so gern unterwürfig aussähe, aber nur von Arroganz zeugt, und mit dieser Stimme, die sich immer ein perfektes Quäntchen überschlägt, wenn sie Gefühlsähnliches zur Sprache bringen soll – dass diese Christa der Schauspielerin Gisela Schneeberger auf den Leib geschneidert ist, erkennt man auf den ersten Blick. Beziehungsweise auf den ersten Ton. Denn noch als die Kamera in der Auftaktfolge auf den Laden zufährt, hört man Christa Bachmeier schon ihre Angestellten ermahnen und hat sie also schon regelrecht vor Augen stehen: „Und Michi: Höflich sein! Die Frau Dr. Dürkheim ist a wichtiger Kreis für mich. Für uns. Geschäftlich.“

Neben dieser Parade-Schneebergerin zu bestehen, ist für die „Schleudergang“-Kollegen keine leichte Sache. Schon bei Bradatsch's Vorgängerserie „Franzi“ hat sie – völlig zu Recht – allen die Show gestohlen, indem sie sie zu bloßen Darstellern, die irgendwie so tun als ob, degradierte. Das lässt sich nur verhindern, wenn man einen Gang zurückschaltet wie Maria Peschek als „Schleudergang“-Wäscherin Gitti. Oder wenn man beim steten Tempowechsel mithalten kann, ohne zu überdrehen – wie Gerd Anthoff, der endlich wieder einmal zeigen darf, dass er auch zur alternden Lusche taugt. Spannend ist auch die Besetzung von Udo Wachtveitl als selbstbügelndem Opernsänger in Unterhosen, die allerdings nicht ganz so gut aufgeht – als wäre Wachtveitl's Zunge für Bradatsch's Sprachkaskaden nicht spitz genug.

Auch Stephan Zinner, dem Michi, hat der Autor mit dem Running Gag der halbseidenen Nebenjobs vielleicht etwas zu viel Kabarett aufgehalst. Am schwersten tut sich allerdings Judith Richter als Sieglinde. Wie das „Schneckerl“ vor der Mutter, so flüchtet Richter immer wieder vor der Naivität ihrer Rolle – und kann deshalb viel zu selten von ihr lassen. Das Alter, die Familie, die Männer und die Frauen: Wie immer, wenn das bayerische Fernsehen zu Hochform aufläuft, finden die großen Geschichten in Nebensätzen, in halbfertigen Gesten oder auf vermeintlichen Nebenschauplätzen wie in einer Textilreinigung statt. Man mag es als Verlust begreifen, dass dabei immer öfter die private statt die politische Schmutzwäsche in der Maschine landet. Allein, in Schwabing wusste man schon immer:

Das Private war, ist und bleibt politisch – auch und gerade, wenn es sich nicht als solches verkaufen will.

Katrin Schuster

Ganz kurz ein ernstes Wort

„Thadeusz und die Beobachter“, mit Jörg Thadeusz (RBB 9.4.13, 22.15 – 23.15 Uhr)

epd Vor der ersten Sendung war vor allem klar, was „Thadeusz und die Beobachter“ nicht sein soll: Keine Plauderrunde wie die Talkshow „Dickes B“, die Jörg Thadeusz beim RBB zuvor fünf Jahre lang geleitet hatte. Sondern eine Gesprächsrunde über aktuelle politische Themen. Aber eben auch keine Polittalkshow im klassischen Sinne, in die nach dem Proporzprinzip für jede Meinung ein Parteivertreter eingeladen wird. „Weder ernst noch ironisch, sondern antiautoritär“ wollte Jörg Thadeusz den Gesprächston anstimmen; aber als er seine Premierensendung mit der Bitte an die Gäste eröffnete, die kommenden Fragen nur mit Ja oder Nein zu beantworten, fragte man sich gleich, ob er selbst an seine Ankündigung wohl je geglaubt hatte.

Kein Gesprächskreis, der mehr sein will als eine beiläufige Plauderrunde, kommt ohne Teilnehmer aus, die über die ihnen gestellten (hoffentlich ernst gemeinten) Fragen ernsthaft nachdenken. Keine Talkshow, die ihr Publikum über eine ganze Stunde binden will, sollte auf ein paar ironische Volten und witzige Sidesteps verzichten. Kein Moderator kommt ohne Autorität über die Runden. Zumal, wenn seine Gäste bekannte Print-Journalisten sind, die es normalerweise gewohnt sind, ihre Meinung ständig unwidersprochen äußern zu können.

Was antwortet man also, wenn der Moderator einen in der „Ja oder Nein“-Runde fragt: „Würden Sie als Chefredakteurin im Moment Reporter nach Syrien schicken, nachdem wir am Karfreitag erleben mussten, dass unser ARD-Kollege Jörg Armbruster bei einem Scharfschützenangriff schwer verletzt wurde?“ Was ist wichtig, wenn der Gastgeber mit lässiger Geste einen Ball über den Tisch rollt und sagt: Stell dich selbst vor?

„Thadeusz und die Beobachter“ war immer dann besonders interessant, wenn die Sendung nicht versuchte, sich interessant zu machen. Wenn also die klugen Journalisten, die sich gegenseitig kennen und respektieren, miteinander ins Gespräch kamen über Themen, die sie alle auch sonst begrüßeln: Wie sollte die Bundesregierung mit Autokraten auf Staatsbesuch umgehen? Ist Politik „ein knallhartes Geschäft“, das auf Menschenrechtsverletzungen anderenorts keine Rücksicht nehmen kann, weil es um „viel Kohle“ geht, wie Hajo

Schumacher meinte. Oder darf man doch von der eigenen Regierung mehr erwarten, als dass die Kanzlerin auf Messen gemeinsam mit Putin Bänder durchschneidet, wie die Bloggerin Mely Kiyak findet. Reicht es, dass die Staatschefs in Gesten sprechen, indem sie sich mit dem einen nur kurz zeigen, die anderen aber auch halb privat empfangen, wie Elisabeth Niejahr überzeugt ist. Oder sind die Deutschen womöglich ohnehin „die allerletzten“, die der Welt erklären sollten, was richtig ist und was falsch, wie Claudius Seidl zu bedenken gab.

Wenn es gut lief – und es lief in der Premierensendung selten schlecht! – dann hatte „Thadeusz und die Beobachter“ etwas von einer souverän geleiteten Redaktionssitzung: Aus jedem Ressort – Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft – kommen Vorschläge, wie die aktuelle Nachricht „Oben-Ohne-Aktivistinnen attackieren Putin auf der Hannover-Messe“ bewertet und „weitergedreht“ werden könnte. Aber so ein Führungsstil braucht Zeit. Als die Hälfte der Sendezeit vorüber war, grübelten die fünf immer noch darüber, wie eine Fair-Trade-Außenpolitik aussehen könnte. Nach einem kompletten Gedankenrundgang war man wieder am Ausgangspunkt angekommen: „Wenn wir uns wirklich für die Sozialsysteme in Bangladesch interessieren würden“, suchte Mely Kiyak Bodenhaftung, „müssten wir uns auch andere Konsumgewohnheiten zulegen? Wir brennen in Wahrheit auch nicht so sehr für dieses Thema, als dass wir die dort hergestellten Waren nicht kaufen würden.“ Wer genau hinhörte, konnte sich bei den Gedankenspaziergängen der Sendung ein umfassendes Bild von der Komplexität der Weltenlage machen. Aber wer hört schon im Fernsehen genau hin?

Es spricht einiges dafür, dass die Einschaltquotenmessung, die Jörg Thadeusz und seiner Redaktion am Morgen des 10. April vorlag, nicht die klügsten, sondern die albernen Minuten der Sendung adelte. Wenn zum Beispiel Thadeusz seine Gäste aufforderte, nach dem Dalli-Dalli-Prinzip dreißig Sekunden lang Worte zu nennen, die sie mit der erst am Vortag verstorbenen englischen Premierministerin Margret Thatcher verbanden, war das eher peinlich gefüllte Sendezeit: Haarspray... Alzheimer... sparen, sparen, sparen... privatisieren... Sex Pistols... Handtasche... Deregulierung...

„Ganz kurz jetzt mal ein ernstes Wort“ erbat sich nach diesem wenig geschmackvollen Intermezzo Hajo Schumacher und distanzierte sich von den Geschmacklosigkeiten, mit denen auch in den Sozialen Netzwerken der Todesfall der alten Dame am Vortag gelegentlich kommentiert worden war. Diese Kritik, die ja für sensible Ohren auch eine Selbstkritik gewesen war, einfach so zuzulassen, war dann vielleicht der antiautoritäre Moment, den Jörg Thadeusz uns versprochen hatte.

Klaudia Wick

Wahrheitsfindung

„Der Zschäpe-Prozess – Brauner Terror vor Gericht“, Regie und Buch: Eric Beres, Inga Klees, Ahmet Senyurt, Marcus Weller (ARD/MDR/SWR/BR, 15.4.13, 22.45–23.30 Uhr)

epd Natürlich lässt sich einer 45-minütigen Fernsehreportage kein Vorwurf machen, wenn sie vor dem vermutlich „größten Prozess der deutschen Rechtsgeschichte“ nicht die Antworten liefert, die im Idealfall der Prozess selbst liefern sollte. Man darf aber fragen, warum die Programmankündigung mit der offensichtlich nicht beantwortbaren Frage „Beate Zschäpe – Wer ist sie wirklich?“ überschrieben wird und die Reportage gleich am Anfang plakativ fragt: „Wird dieser Prozess tatsächlich die Wahrheit über sie und den selbsternannten Nationalsozialistischen Untergrund ans Licht bringen?“

Sehr offensiv präsentierten die Redaktionen der Politikmagazine „Fakt“ (MDR), „Report Mainz“ (SWR) und „Report München“ (BR) ihre Rechercheergebnisse. Immer wieder wies der Kommentar auf „bislang unveröffentlichte Fotos“ und „exklusive Aufnahmen“ hin. „Zum ersten Mal öffentlich“ sprach Zschäpes Cousin über die gemeinsame Jugend, und das offen in die Kamera.

Spektakulär ganzkörpervermummt war dagegen ein anderer Auskunftgeber zu seinen von einer fremden Stimme nachgesprochenen Aussagen zu sehen: bis auf den mit Sonnenbrille getarnten Sehschlitz schwarz verhüllt. Wäre er einfach von hinten gefilmt worden wie eine weitere Zeugin mit verschleierter Identität, hätte das deutlich weniger effekthascherisch gewirkt. Ein weiterer Zeuge sprach von hinten über die Schulter gefilmt mit eigener Stimme – aus den insgesamt nicht besonders brisanten Auskünften erklärte diese unterschiedliche Inszenierung sich nicht.

Zugutehalten muss man dem Film, dass er trotz ungelenker Einleitung und aufdringlich investigativer Pose einen stimmigen Überblick über die Geschichte der NSU-Terrorzelle und die ungeklärten Punkte gab. Auf der Bildebene geschah das überwiegend zurückhaltend. Hatten die Filmemacher kein Videomaterial, überblendeten sie Bilder von Gerichtssaal-Einrichtungen und Gebäudefassaden mit bekannten Fotos der NSU-Mitglieder. So drehte sich Zschäpe immer wieder in einem „Gegenüberstellungsvideo“ des BKA im T-Shirt mit versonnen-ausdruckslosen Blick um sich selbst.

Der Kriminalhauptmeister Mario Melzer gab an den Tatorten früherer Straftaten der später Untergetauchten umherlaufend Auskunft. So ließ sich ahnen, wie isoliert er vermutlich in seiner Behörde ist. Melzer, der Böhn-

hardt einmal vor Gericht gebracht hatte, entschuldigte sich im Film „als Mensch und Christ bei allen Opfern, Angehörigen und Hinterbliebenen“ dafür, nicht noch vehementer bei der Verfolgung der Täter gewesen zu sein.

Dass das LKA Thüringen ihm untersagt hatte, vor der Kamera zu wiederholen, was er vor Untersuchungsausschüssen bereits gesagt hatte, lenkte den Fokus auf das eklatante Versagen staatlicher Stellen. Doch im Prozess werde es nicht um Behördenversagen gehen, sagte der ARD-Rechtsexperte Frank Bräutigam. Auch die Witwe eines Mordopfers kam zu Wort und wünschte sich, „dass Beate Zschäpe in allen Anklagepunkten verurteilt wird“. Doch im Prozess sei ein Freispruch vom Mordvorwurf ebenfalls möglich, sagte der als Experte befragte Strafverteidiger Gerhard Strate. Die Anklage bewege sich auf „dünnem Eis“.

Zschäpe bildete das rätselhafte Zentrum des Films, der unterschiedliche Erwartungen so gegeneinanderstellte, wie es vor Prozessbeginn seriös ist. Statt Antworten zu geben, warf er Fragen auf. Unter anderem diese: ob Zschäpe im Prozess „ihr Schweigen brechen“ wird, wie groß die Zahl der NSU-Unterstützer ist, ob das Behördenversagen vielleicht dadurch aufgeklärt werden wird, wie Melzer hofft, dass weitere Beamte „Puzzlestücke zur Wahrheitsfindung beitragen“. Zschäpes nicht ungeheuer eloquenter Cousin brachte es auf den Punkt: „Was dabei rauskommt, schau'n wir mal.“

Kurzum: Der sichtlich aus der Arbeit mehrerer Redaktionen montierte Film fasste den bekannten Wissens- und Unwissensstand funktional für größeres Publikum zusammen und belegte, dass ein längeres Format über komplexe Themen besser informiert, als es viele kurze Beiträge in Magazinen und Nachrichtenjournalen tun. Nur unter seinem großsprecherischen Duktus litt er. Aber der gehört ja schon länger zu den Politmagazinen.

Christian Bartels

Andere Agenda

„die story: Der lange Arm des Imam – Das Netzwerk des Fethullah Gülen“, Buch und Regie: Yüksel Ugurlu und Cornelia Uebel, Kamera: Yüksel Ugurlu, Thomas Giefer, Andreas Bergmann (WDR, 15.4.13, 22.00–22.45 Uhr)

epd Die Autoren Yüksel Ugurlu und Cornelia Uebel legen am Ende ihres Films offen, was sie erreicht haben und was nicht. „Hinter dieser Fassade“, so der Kommentator, „sind wir immer auf Indizien einer anderen Agenda gestoßen. Auf eine religiöse Parallelwelt, die sich abschottet. Und auf ein schwer durchschaubares Netzwerk, das Einfluss auf Staat, Wirtschaft und Gesellschaft nimmt – und das nicht nur in der Türkei, sondern weltweit.“

Die Fassade, das sind die Aktivitäten des islamischen Predigers Fethullah Gülen, den in der Türkei jeder, im nichtislamischen Europa hingegen kaum jemand kennt. Für seine Anhänger ist er ein Heiliger, für seine Kritiker das Oberhaupt einer Sekte. Ein großes Netzwerk soll er aufgebaut haben. Er verfügt über ein Medienimperium mit Sendern und Tageszeitungen. Im Berliner „Forum für Interkulturellen Dialog“ (FID) führt er den Ehrenvorsitz, im FID-Beirat sitzt Rita Süsmuth und hält den Prediger für einen modernen Islamreformer.

Im Film bleibt Fethullah Gülen eine unsichtbare Figur aus Archivszenen. Seit 13 Jahren lebt er in den USA in einem abgeschlossenen Komplex, weiter als bis vor seine Türe kommen auch die Autoren nicht. Aufschlussreicher ist ohnehin die Recherche in der jüngeren Geschichte der Türkei. Gülens Aufstieg begann in den 90er Jahren, gemeinsam mit Recep Tayyip Erdogan, dem derzeitigen Regierungschef. Dass er 1999 in die USA ging, wurde offiziell mit Gesundheitsgründen erklärt; in Wirklichkeit dürfte der Prediger sich mit seiner Strategie, den türkischen Staat religiös zu unterwandern, zu weit aus dem Fenster gelehnt haben. Der Film zeigt das Video einer Rede, in der Gülen offen zur Unterwanderung aufruft.

Seither lenkt der Prediger sein Netzwerk von den USA aus. Ob es eine Gülen-Bewegung überhaupt gibt, wird auch im Film nicht recht klar. Jedenfalls hat er sehr viele Anhänger, seine Bücher sind Bestseller. Es handelt sich da um eine schwer zu durchschauende Struktur mit allerdings imposanten Ausmaßen. Angeblich sind mit Hilfe Gülens in 140 Ländern etwa 1.000 Schulen gegründet worden. In Deutschland sind es drei, in denen, so vermuten die Autoren, die moderne islamische Elite erzogen wird. Dazu etwa 200 bis 300 Nachhilfvereine und 140 Kitas. In Köln gehört das Gymnasium Dialog zu diesem Bildungsnetzwerk. Die Schule wurde von den

Stadtpolitikern genehmigt. Im Film sieht man eine CDU-Stadträtin, die inzwischen kalte Füße bekommen hat. Auf einem Aktenstück steht der Vermerk, ein normaler Schulbetrieb sei das nicht. Informationen, wo das Geld herkommt, hat die Stadt nicht.

Überhaupt handelt es sich um ein Netzwerk mit hohem Verschwiegenheitsgrad. Auch über das Medienimperium weiß man wenig, direkte Verbindungen zu Gülen werden abgestritten. Direkte Verbindungen zu den Schulträgervereinen werden geleugnet. Der Protagonist selbst bestreitet in einigen Videos, die die Autoren aufgetrieben haben, jeglichen Einfluss. Bloß weil ihn einige Leute sympathisch fänden, sei das noch keine Macht, sagt er da beispielsweise.

Die zentrale Frage des Films lautet: Handelt es sich hier um einen modernen Islam oder um einen als modern verkleideten Islam? Auf den ersten Blick sieht man Modernität. Gülens politisches Credo lautet: „Baut keine Moscheen, baut Schulen“ – in Köln wird beides gebaut. Die Bewegung sei erfolgreich, erklärt der Islamwissenschaftler Bekim Agai, weil sie mit dieser Parole nach vorne gerichtet sei und auch aufstiegsorientiert. Der Soziologe Ralph Ghadban hält das aber für vorgeschoben. Es gehe Gülen nicht darum, den Islam zu modernisieren, sondern die Moderne zu islamisieren.

Eine der Schlüsselszenen zu dieser Frage präsentieren die Autoren mit einem Fund. Auf einer französischen Website des Islampredigers fanden sie eine Stelle, in der Gülen über die Frage der Islam-Abtrünnigen schreibt. Wer sich der Chance der Rückkehr entziehe, dem drohe die Todesstrafe, steht da. Die Autoren legen dem Vorsitzenden des Schulträgervereins diese Stelle vor, was ihn ins Stottern bringt und von Kontext und notwendiger Interpretation schwafeln lässt. Auch Rita Süsmuth gerät kurzzeitig aus der Fassung: Den Text kannte sie nicht. Aber gleich vor der Kamera aus dem Beirat des FID zurücktreten will sie auch nicht. Erst mal diskutieren.

So trägt der Film Bilder und Informationen zusammen und baut sie zum Mosaik zusammen. Es fehlen noch Steine. Aber Konturen werden sichtbar, Stück für Stück. In der Türkei soll die Polizei von Gülen-Anhängern durchsetzt sein? Der US-Botschafter berichtet nach Hause, dass diesen Vorwurf niemand dementiere. Die Autoren weisen kurz auf zwei Fälle hin, in denen in Istanbul ein Journalist und an anderer Stelle ein Staatsanwalt verhaftet und gerichtlich verfolgt wurden. Sie zollten der Gülen-Bewegung mehr Aufmerksamkeit, als die vertragen wollte. Widersprüche allerorten.

Die Dialog-Schule in Köln gäbe es nicht, bestätigt der Vorsitzende des Trägervereins, wenn es nicht die

Parole vom Vorrang der Schulen vor den Moscheen gäbe. Aber Gülen-Schule darf diese Privatschule dann auch nicht heißen. Anderes Beispiel: Für die einen sind die sogenannten Lichthäuser in einigen Städten ganz normale Wohngemeinschaften islamischer Studenten. Andere halten sie für Gehirnwäscheanstalten, in denen absoluter Gehorsam gelehrt wird. Zwei Aussteigerinnen bestätigen das, ihr Bild bleibt verpixelt.

Ein fertiges Bild ist das noch nicht, aber eine hoch spannende investigative Recherche. Sie lenkt die Aufmerksamkeit auf eine religiöse Parallelwelt, die nicht leicht zu erkennen ist. Und der WDR wird schon gewusst haben, warum er sich, um Interventionen von außen zu vermeiden, bis zur Ausstrahlung bedeckt hielt. Es scheint eine Menge Sprengkraft im Thema zu stecken.

Fritz Wolf

Schwerter zu Pflugscharen

„Tod für die Welt – Waffen aus Deutschland“, Regie und Buch: Jule Sommer, Udo Kilimann, Kamera: Fabian Posern (ARD/RBB, 8.4.13, 23.30–0.15 Uhr)

epd Der Titel spielt auf „Brot für die Welt“ an, aber das ist etwas unpassend, denn für ihre Dokumentation fanden die Autoren vor allem Stimmen aus evangelischen Kreisen, von Friedensaktivisten bis zum EKD-Ratspräsidenten, die sich kritisch zum Thema Rüstungsexport äußerten. Von den Entscheidungsträgern aus Politik und Rüstungsindustrie wollte sich bis auf einen Lobby-Vertreter niemand öffentlich äußern. Es ergeht den Rechercheuren wie vielen ihrer Kollegen, die darunter leiden, dass Akteure aus Wirtschaft und Politik offenbar immer weniger bereit sind, über ihr in die Öffentlichkeit reichendes Tun zu reden.

In der vermeintlich transparenten Informationsgesellschaft mehren sich zusehends in den höheren Hierarchie-Ebenen die schwarzen Löcher. Eines betrifft das Thema Rüstungsexport, Deutschland rangiert hier weltweit auf Platz drei. Sommer und Kilimann gehen auf eine Spurensuche, die vom idyllischen Neckarort Oberndorf, dem Standort von Heckler & Koch, in den Berliner Bundestag führt und schließlich nach Südafrika, wo Glanz und Elend des Themas direkt nebeneinander liegen: hier eine Rüstungsmesse mit angeschlossenem Volksfest, dort die Gewalt in den Townships, wo mit gedealten Waffen Gang-Kriege ausgetragen werden. Auch dort ist ein Pfarrer den Dokumentarfilmern als Scout behilflich.

Auf ihrer Recherchetour erfahren die Autoren und der Zuschauer viel über den Umgang mit dem heiklen Thema, aber fast nichts über die Mechanismen, Interessen und

Machtkonstellationen. Fast scheint es, als machten sie die Not zur Tugend, ersetzen den mangels Einblick nicht haltbaren Anspruch auf Analyse durch ethische Aspekte. Da taucht dann auch Martin Niemöller auf, der 1948 die handlungsethische Maxime „Krieg soll nach Gott nicht sein“ prägte. Doch die gegenwärtigen Kontroversen bleiben blass.

Sommer und Kilimann holen im Bundestag einen Politiker der Linkspartei vor die Kamera, der auf Fotos aus Bürgerkriegsgebieten eigentlich dort verbotene deutsche Waffen identifiziert. Mit den Grünen beklagen sie, dass die Regierung Rüstungsexporte im Geheimen beschließt, Berichte erst fast zwei Jahre später veröffentlicht. Auch die rot-grüne Koalition habe diese Geheimniskrämerei gewahrt, kritisieren sie – und finden Unterstützung beim Unionspolitiker Roderich Kiesewetter, der sich die Informationen nach spätestens sechs Wochen wünscht. Ein Blick in Wikipedia zeigt: Der Mann ist kein Pazifist, sondern ausgebildeter Generalstabsoffizier.

Warum dann die parteiübergreifende Patronage für die Rüstungsindustrie? Und wie gelangen die nur an offizielle staatliche Stellen gelieferten Waffen in die Kriegsgebiete und auf den Schwarzmarkt? Vor allem aber: Was ist die Alternative? Sommer und Kilimann haben dafür eine rührende Impression gefunden: Schwerter zu Pflugscharen, eine Konversation, die in einem Essener Schmiede-Museum auch handwerklich nachgestellt wird und im romantisierenden Idyll eines zu Halleluja-Klängen das Feld durchziehenden Ackerpfluges endet. Spätestens da wird die Recherche zum Appell, die Dokumentation selbst zur Mission.

Die Autoren fordern, auf die Rüstungsindustrie einfach zu verzichten, da sie ja weniger als ein Prozent zur deutschen Wirtschaftsleistung beitrage. Sie zeigen, wie im verlassenen Bundeswehrstandort Schwalmstadt neues Leben mit Kitas aufblüht. Wer die Realität kennt, weiß, dass die meisten Kasernen am Stadtrand liegen und dass diese Lage höchstens für Logistikunternehmen interessant ist. So fügen sich zu den schwarzen Löchern der Auskunftsverweigerer die weißen Flecken der Ratlosigkeit – ein verwirrendes Muster. Das ambivalente Bild bestätigt sich in der Aussage eines anonym sprechenden Technikers aus der Waffenindustrie, der das Gesetz des Schweigens kennt („Wer quatscht, fliegt und bekommt eine Klage an den Hals“). Aber er liebt auch seinen Job („verdiene ja sehr gut, gute Arbeit“).

Aber das Thema ist eben keine moralische Stimmungsfrage, sondern ein hochpolitischer Zielkonflikt. Und dessen Akteure bleiben auch in dieser Doku unbehelligt. Dafür gab es idealistische Wünsche und idyllische Bilder. Dann müssten zum ewigen Frieden nur noch Kriege, Korruption, Armut, Gewalt und kriminelle Schwarz-

marktstrukturen verboten werden. Aber vielleicht würde es auch genügen, den Aussageverweigerern aus Wirtschaft und Politik bei der nächsten Recherche kräftiger auf die Füße zu treten.

Dieter Deul

Leichtigkeit und Lebensweisheit

„Traumrollen“, Regie und Buch: Jean-Claude Kuner (Deutschlandfunk/HR, 13.04.13, 20.05-21.00 Uhr)

epd Zwei alt gewordene Mimen begegnen sich im Seniorenheim, wo sie ein ebenso ruhiges wie auskömmliches Dasein gefunden haben. Sie finden Gefallen aneinander, treffen sich täglich, speisen zu Mittag, plaudern miteinander und halten Rückschau. Man beklagt sich ein wenig, nicht zu viel. Denn da ist noch etwas anderes, wovon und wofür man immer noch lebt: die Rollen, die man einst spielte, mehr noch: die, die man nie spielen konnte oder durfte. Die Traumrollen, für die jetzt Gelegenheit ist, auch wenn einem dafür keine Bühne mehr zur Verfügung steht. Oder einfach Stücke, auf die man noch neugierig ist. So zieht man die Texte hervor und liest sie, in verteilten Partien.

Zwischendurch holt einen die Erinnerung ein: Wer hat das damals gespielt, was schwingt da heute noch mit, was hat es einem zu sagen? Oder ganz profan: wie geht das Stück eigentlich aus? Wer stirbt am Ende, wer bleibt übrig? Und immer wieder schleicht sich die Frage ein: Wie ist das überhaupt mit dem Sterben, bei mir und bei dir? Nichts Verzagtes steckt in ihr, eher Neugier. Man ist schließlich oft genug gestorben auf der Bühne und weiß, wie das geht.

Stoff für ein leise wehmütiges und doch humoristisch grundiertes Drama. Aber hier ist es Wirklichkeit. Es war ein großes Glück, das der Radioautor Jean Claude Kuner mit seinen beiden Protagonisten hatte: mit Nadja Tiller und Fritz Lichtenhahn, die, fast gleich alt, beide im gleichen Hamburger Seniorenheim leben und die gleiche Ausgeglichenheit besitzen, die dazu gehört, über die Kunst und das Leben zu reden, ohne dass es je peinlich wird. Denn: Man hat es gelernt, Pointen zu setzen und sich und den Zuhörer nicht zu langweilen. Ob das im Alltag geschieht oder vor Scheinwerfer, Mikrofon und Kameras.

Die Aufgabe, die den beiden Schauspielern gestellt wird, besteht darin, sich wenigstens lesend einiger Rollen anzunehmen, bei denen es um das geht, was einen so bewegt – Liebe, Alter, Tod. Als da sind: Shakespeares „Romeo und Julia“, Tschechows „Schwanengesang“, Schnitzlers „Anatol“, Becketts „Das letzte Band“, dem Peter Handke mit „Bis dass der Tag euch scheidet“

einen Frauenauftritt hinzugefügt hat. Und dazwischen, zur Aufheiterung, Dialoge von Karl Valentin, auch sie Varianten des Themas Liebe, wenngleich hinter gantelnder Rechthaberei versteckt.

Mit großer Konzentration sind die beiden bei der Sache, und mühelos finden sie sich in Sprache und Charakter ihrer Figuren. Doch immer wieder bricht die Wirklichkeit herein mit ihren kleinen Malaisen, den Gebrechen, der Vergesslichkeit, aber auch den Erinnerungen, die die beiden so unterschiedlichen Wesen eher anklingen lassen als ausbreiten. Sie, die Filmdiva, die einst Angebote von Fellini und Antonioni ablehnte, aber nur selten auf der Bühne stand; er, das Theaterkind, das an großen Häusern spielte und dessen Charakterkopf niemand vergisst, der ihn einmal sah. So gleicht die Szenerie einem Schwebestand.

Die Tiller empfängt uns gleich mit Versen aus dem Faust: „Ihr naht euch wieder, schwankende Gestalten“ und „Mein Busen fühlt sich jugendlich erschüttert / Vom Zauberhauch, der euren Zug umwittert“ und „Ihr bringt mit euch die Bilder froher Tage“. Schon da ist nicht ganz klar, ob sie von sich spricht oder eine Rolle zitiert. Und der Romeo? Lichtenhahn wollte ihn immer spielen, aber man ließ ihn nicht. Da blieb er in ihm stecken, und in jede Rolle, die er wirklich spielte, packte er ein Stück davon. Währenddessen kämpft sie sich durch die Julia, um am Ende zu bekennen: „Mich spricht's überhaupt nicht an.“

Überhaupt das Stück. Man rätselt: Er wird umgebracht oder wie geht die Geschichte, und wer ist zuerst tot? Ob man Reclams Schauspielführer zu Hilfe nehmen soll? So geht es hin und her zwischen den beiden Komödianten, die uns mit Witz ebenso wie mit Souveränität begeistern und dabei ganz unter sich bleiben. Kein Schielen auf ein Publikum, das es hinter dem Mikrofon ja auch nicht gibt. Sie ist die Führende, weist ihn hin und wieder zurecht, er spielt den Zaghaften, Staunenden, Bewundernden oder er ist es.

Ganz bei sich sind beide beim Thema Tod. „Ich bin ja gerne gestorben auf der Bühne“, sagt er, und sie: „Sterben auf der Bühne macht Spaß. Solange einen der Regisseur lässt. Als tote Lulu war ich sehr dekorativ.“ So wird auch das eigene Sterben erträglicher. Denn: „Das ist das Schöne an unserem Beruf, dass wir immer wieder in die Extremsituationen geraten sind.“ Doch auch das gehört dazu, dass man sich schnell von allem Schweren verabschieden kann. „Lippen schweigen, 's flüstern Geigen, hab mich lieb“ – Lehars „Lustige Witwe“ mag den beiden am Ende gar nicht aus Kopf und Sinn.

Wunderbar die Leichtigkeit, die sich hier mit Lebensweisheit paart und immer wieder dem Komödiantischen

zum Durchbruch verhilft. Dazu passen knurrige Hiebe aufs heutige Theaterwesen („dieses eine Stück, wo alles auf dem Klo spielt“) auf der einen Seite und würdevolle Seitenblicke aufs eigene Alter („nicht hängenlassen“, „man arrangiert sich halt irgendwie“) auf der anderen. Hinreißend auch, wie die Regie die beiden auf Händen trägt; wie sie belauschte O-Ton-Szenen mit Studioaufnahmen vermischt, beides zuweilen übereinanderlegt und so gänzlich alles „Gemachte“ vergessen lässt; wie sie dem Ganzen schließlich mit duftigen Walzerklängen

eine Beschwingtheit gibt, die uns in Kopf und Glieder fährt.

Als Dramaturgin zeichnet Sabine Kuchler, die mit diesem Stück beweist, dass sie das so weitsichtige wie erfrischende Profil des Deutschlandfunk-Hörspiels pflegen und bereichern kann. Ist es nun ein Hörspiel? Ein Feature? Unwesentlich. Einfach ein grandioses Stück, das in seiner Unbefangenheit gänzlich neue Töne in den Radioalltag hereinbringt und dem jeder Hörer hemmungslos verfallen dürfte. *Christian Deutschmann*

■ NOTIERT

■ „Der Journalismus hat zwei Kernprobleme: Sein Geschäftsmodell zerbricht, weil die Werbung ins Netz geht. Und die Beziehung zum Publikum verändert sich fundamental. Früher verkauften Informationsmedien neben Informationen eine der stärksten Drogen überhaupt: Gewohnheiten. Ein Frühstück ohne Zeitung fühlte sich unvollständig an. So wie ein Abendessen ohne ‚Tagesschau‘. Daraus folgte, dass Journalisten primär den Job hatten, niemanden zu vertreiben. Nicht zu enttäuschen genügte, um ein Gewohnheitspublikum bei der Stange zu halten. (...) Heute ist erstens unser wichtigstes Produkt – die Nachrichten – inflationär und praktisch wertlos geworden. Und zweitens ist das Publikum wählerisch geworden. Eine Zeitung konkurriert heute nicht nur mit allen Zeitungen der Welt, sondern auch mit Facebook, Twitter, YouTube, Games. Das heißt, dass fehlerfreier, mittelguter Journalismus nicht mehr genügt. Das Publikum muss aktiv begeistert werden. Es muss bei einer Zeitung das Gefühl haben: Wow, das ist mein Ding.“ – *Constantin Seibt in der „tageszeitung“*.

■ „Von Günther Grotkamp erzählt man sich in Essen die Anekdote, dass er vor Jahrzehnten einmal gefragt wurde, ob die WAZ eine gute Zeitung sei. Da habe er nicht die WAZ durchgeblättert, sondern einen Rechenschieber herausgeholt und Zahlen hin- und hergeschoben. (...) Aber er hat aus Sicht der WAZ-Redakteure ohnehin seinen eigenen Rechenschieber installiert, den Geschäftsführer Manfred Braun, der vom Bauer Verlag kam. Braun, so macht es den Eindruck, rechnet jeden Morgen durch, ob an diesem Tage gekündigt werden muss, oder erst an dem darauf.“ – *Bernd Dörries in der „Süddeutschen Zeitung“*.

■ „So kommt es, dass ein Kameramann von seiner langwierigen Suche nach einer Bank berichtet, vor der so viele Leute Schlange standen, dass sie zumindest das Bild ausfüllten. Er und seine vielen Kollegen sind am Freitagabend längst wieder abgereist und mit ihnen verschwindet auch die Insel aus dem Fokus der Weltöffentlichkeit. Die einzigartige Misere in Zypern, sie hat den Fernsichtteams, Fotografen und Journalisten keine spektakulären Bilder von Chaos und Aufstand geliefert. Die Panik ist ausgefallen.

Dabei hat die Krise für die zyprische Wirtschaft gerade erst begonnen.“ – *Lenz Jacobsen bei „Zeit Online“*.

■ „Es gibt die Schönheit der Medienkrise, das Gute am Zeitungsterben. Es ist, als reiße jemand das Fenster auf: Manuskripte wirbeln auf, Frühlingsluft im Flur, die Wehrlosigkeit gegenüber dem Neuen. Es gibt einen Sinn in diesem Absturz: Journalisten, deren Aufgabe es ist, sich in die Welt zu begeben, müssen sich in die Welt begeben. Alles neu. Räumt eure Schreibtische. Geht auf die Straße, da ist das Leben, das wir kennen müssen, wenn wir schreiben. Es ist nicht so, dass etwas stirbt und nichts nachkommt. Journalisten werden ewig gebraucht, immer und überall, solange es Missstände gibt. Wie es Ärzte gibt, solange wir krank sind. Wie es die Küstenwache gibt, solange wir aufs Meer fahren. Journalisten verfluchen Autoritäten. Sie sind Optimisten. Sie kämpfen. Im Zweifel sind jene, die Kapital aus Journalismus schlagen wollen, Gegner. Der Kapitalismus hat Angst vor Journalisten, er liebt die Journalismus-Simulation.“ – *Felix Dachsel in der „tageszeitung“*.